



Matthias W. Birkwald, MdB

Bundestagsfraktion DIE LINKE.
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 71215
Fax 030 227 – 76215

E-Mail: matthias-w.birkwald@bundestag.de

20.12.2013

Welle von Zwangsverrentungen droht. Bundesregierung legt widerwillig erste Zahlen vor.

*Auswertung Kleine Anfrage „Zwangsverrentungen von SGB II-Leistungsberechtigten“
Bundestagsdrucksache 18/152*

O-Ton Matthias W. Birkwald

„Zwangsverrentungen nach §12a SGB II sind ein massiver Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Menschen. Zwangsverrentungen bedeuten Altersarmut durch dauerhaft reduzierte Altersrenten. Aus den widerwilligen Antworten lässt sich der Umfang und die Dramatik dieser ungerechten Praxis aber im Ansatz erkennen.

- Im Jahr 2013 schieden bereits rund 28.000 63jährige aus dem Hartz IV-Bezug aus. Wir vermuten berechtigt, dass viele von ihnen zwangsverrentet wurden.
- Im Jahr 2014 könnten ca. 65.000 Menschen von Zwangsverrentungen bedroht sein. 2015 steigt diese Zahl schon auf 75.000.
- Die Bundesregierung weigert sich, Zwangsverrentungen direkt statistisch zu erfassen.
- In den Einzelfallprüfungen wird die Höhe der zu erwartenden Altersrente nicht geprüft.

Mit der Rente ab 63 bzw. 65 Jahren will die SPD besonders langjährig Versicherten den Zugang zur verdienten und abschlagsfreien Rente erleichtern, gleichzeitig werden durch Zwangsverrentungen Hartz-IV Beziehende gezwungen vorzeitig und mit horrenden Abschlägen in Rente zu gehen. Das ist zynisch und schizophren. Zwangsverrentungen sind schlicht und einfach nicht zu rechtfertigen. Sie müssen abgeschafft werden!“

Presseinformation



Matthias W. Birkwald, MdB

Bundestagsfraktion DIE LINKE.
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 71215
Fax 030 227 – 76215

E-Mail: matthias-w.birkwald@bundestag.de

Sachverhalt:

65.500 Hartz IV Leistungsberechtigte waren im Juli 2013 62 Jahre alt, 75.000 Leistungsberechtigte waren in diesem Monat 61 Jahre alt. Sobald diese sie im Laufe der nächsten zwei Jahre das 63. Lebensjahr vollenden, droht ihnen bei Vorliegen der rentenrechtlichen Voraussetzungen die Zwangsverrentung. Sie werden die ersten Jahrgänge sein, in denen die Zwangsverrentung voll durchschlagen wird, weil die Übergangsregelungen nach der Abschaffung der sog. 58er Regelung keinen Schutz mehr bieten.

Bereits heute sind die quantitativen Auswirkungen der Abschaffung der 58er Regelung und der Einführung der Zwangsverrentung in den Statistiken erkennbar, auch wenn die Bundesregierung sich weigert, den Sachverhalt statistisch zu erheben. Während im Juli 2008 lediglich knapp 800 SGB II-Leistungsberechtigte im Alter von 63 Jahren aus dem Leistungsbezug ausschieden, so waren es im Juli 2013 bereits 2.300. Hochgerechnet auf das Jahr 2013 entspricht dies bereits jetzt etwa 28.000 Betroffenen. Dies entspricht gegenüber dem Jahr 2008 fast einer Verdreifachung! Da in dieser Altersgruppe die Aufnahme einer Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt einem seltenen Lottogewinn entspricht, wechseln diese Menschen mutmaßlich in die Altersrente. Mit dem Auslaufen der Übergangsregelungen seit diesem Jahr werden die Zahlen spürbar ansteigen.

Die Bundesregierung macht in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage von Matthias W. Birkwald deutlich, dass detaillierte Vorgaben die JobCenter dazu nötigen, systematisch alle Leistungsberechtigten mit entsprechenden Ansprüchen zu einem vorgezogenen Rentenbezug zu verpflichten. Wenn die Betroffenen sich weigern, dann erfolgt der Rentenanspruch durch das JobCenter selbst. Dies rechtfertigt die Charakterisierung als eine Zwangsmaßnahme, als eine Zwangsverrentung.

Zwangsverrentungen bedeuten für die betroffenen Personen massiv und dauerhaft abgesenkte Renten, weil für jeden Monat ein Abschlag von der Rente in Höhe von

Presseinformation



Matthias W. Birkwald, MdB

Bundestagsfraktion DIE LINKE.
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 71215
Fax 030 227 – 76215

E-Mail: matthias-w.birkwald@bundestag.de

0,3 Prozentpunkten veranschlagt wird. Ein/e sog. EckrentnerIn (West) muss dauerhaft eine Rentenkürzung von 8,1 %, d.h. gut 100 Euro pro Monat verkraften – es verbliebe eine Nettorente von 1100 Euro -, wenn er/sie mit 63 Jahren aus dem SGB II Leistungsbezug in die vorgezogene Altersrente wechseln müsste. Am schlimmsten trifft es diejenigen, die durch die Abschläge dauerhaft auf Fürsorge angewiesen sind. Sie müssen bis zum Erreichen der Regelaltersgrenze Sozialhilfe beantragen – eine Fürsorgeleistung, die bis heute auf die Einkommen und Vermögen von Kindern und Eltern zurückgreift!

Ausführliche Darstellung:

Seit dem Jahresbeginn 2008 droht pro Jahrgang 50.000 bis 65.000 SGB II-Leistungsberechtigten ab 63 Jahren eine zwangsweise vorgezogene Verrentung. Leistungsberechtigte, die die Voraussetzungen auf eine Altersrente erfüllen, *müssen* – so die Bundesregierung in der Antwort auf die Kleine Anfrage von Matthias W. Birkwald - von den JobCentern dazu aufgefordert werden, einen Rentenantrag zu stellen. Sofern die betroffenen Menschen dies nicht in die Wege leiten, *müssen* die JobCenter selbst den Antrag auf Verrentung stellen. Dies sind nach Aussage der Bundesregierung „verbindliche Regelungen“. Der Wille des betroffenen Menschen spielt keine Rolle. Sie werden schlicht „verpflichtet“ (Antwort Frage 3). Daher handelt es sich um eine Zwangsmaßnahme, eine Zwangsverrentung.

Auch fünf Jahre nach Einführung der Zwangsverrentung weigert sich die Bundesregierung in dieser Zwangsmaßnahme einen problematischen Eingriff in die Rechte der betroffenen Hartz IV Beziehenden zu sehen. Obwohl die Bundesregierung zugesteht, dass im Rentenrecht ausschließlich der Wille der Antragssteller_innen über einen Rentenantrag entscheidet (Frage 6), soll dieses Recht für Hartz IV Beziehende nicht gelten.

Die Bundesregierung weigert sich auch bis heute Angaben zum Umfang und zu den sozialen Auswirkungen von Zwangsverrentungen zu erheben und mitzuteilen. Sie

Presseinformation



Matthias W. Birkwald, MdB

Bundestagsfraktion DIE LINKE.
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 71215
Fax 030 227 – 76215

E-Mail: matthias-w.birkwald@bundestag.de

sieht hier schlicht keinen Erkenntnis-, geschweige denn Handlungsbedarf (Fragen 30, 31). Die Bundesregierung will offenkundig Umfang und Auswirkungen der Zwangsverrentung verschleiern und versucht durch bewusstes Nicht-Wissen-Wollen der Kritik den Boden entziehen.

Bis 2008 waren Erwerbslose durch die sog. „58er Regelung“ vor einer vorzeitigen Verrentung geschützt: Die Betroffenen konnten sich quasi vom Arbeitsmarkt abmelden, galten nicht mehr als „arbeitslos“ und konnten dafür bis zum abschlagsfreien Renteneintrittsalter im Leistungsbezug verbleiben. Durch Übergangsregeln werden durch die „58er Regelung“ bis heute Erwerbslose vor der Zwangsverrentung geschützt – 72.000 SGB II Leistungsberechtigte über 63 Jahre wurden im Jahresdurchschnitt 2012 durch die 58er Regelung noch geschützt. Bei SGB II Leistungsberechtigten, die ab dem 1. Januar 2013 63 Jahre alt werden (Jahrgang 1950), greifen die Übergangsregeln nicht mehr. Die Zwangsverrentungsregel schlägt erstmals in diesem Jahr voll durch.

Auch wenn die Bundesregierung eine Erhebung und Auswertung verweigert (Antwort zu Frage 13), so erlauben die Antworten erste Annäherungen an das tatsächliche Ausmaß des Problems. Die Tabelle 6 zeigt bereits jetzt einen deutlichen Anstieg der Abgänge von Hartz IV Leistungsberechtigten im Alter von 63 Jahren nach dem Auslaufen der „58er Regelung“ und der Einführung der Zwangsverrentung zum Jahresbeginn 2008.

Tabelle: Abgang erwerbsfähiger SGB II-Leistungsberechtigter nach Alter

	Juli 2008	Juli 2009	Juli 2010	Juli 2011	Juli 2012	Juli 2013
63 Jahre	798	873	1.106	1.258	1.686	2.338
64	2.591	2.787	2.728	1.987	760	855
65	0	0	0	1.637	3.407	3.552

Quelle: Kleine Anfrage Matthias W. Birkwald u.a. und die Fraktion DIE LINKE: Zwangsverrentungen von SGB II-Leistungsberechtigten, Tabelle 6.



Matthias W. Birkwald, MdB

Bundestagsfraktion DIE LINKE.
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 71215
Fax 030 227 – 76215

E-Mail: matthias-w.birkwald@bundestag.de

Während im Juli 2008 lediglich knapp 800 Personen abgingen, so waren es im Juli 2013 bereits 2.300. Da bei 63-jährigen Leistungsberechtigten die Vermittlung in eine Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt einem Lottogewinn entspricht (vgl. Tabellen 4a und b), wechseln diese Menschen mutmaßlich in die Altersrente. Hochgerechnet auf das Jahr 2013 entspricht dies einer Anzahl von etwa 28.000 Betroffenen. Dies entspricht gegenüber dem Jahr 2008 fast einer Verdreifachung!

Die Bundesregierung ignoriert vollständig die sozialen Kosten der vorzeitigen Verrentung:

- Mit dem vorzeitigen Renteneintritt sind *dauerhafte* Abschläge bei der Rente in Höhe von 0,3 Prozentpunkten pro Monat verbunden. Die Zwangsverrentung ist damit nicht nur ein Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen, sondern auch ein massives Rentenkürzungsprogramm für ältere Erwerbslose. Der Kern der Zwangsverrentung besteht in einer Privatisierung der sozialen Kosten der Erwerbslosigkeit durch reduzierte Rentenleistungen. Ein/e sog. EckrentnerIn müsste dauerhaft mit gut 100 Euro weniger Rente im Monat auskommen, wenn er/sie mit 63 Jahren aus dem SGB II Leistungsbezug in die vorgezogene Altersrente wechseln müsste.¹
- Einen dramatischen Absturz erleiden diejenigen, deren Rentenanspruch nicht zur Existenzsicherung ausreicht. Diese Personen fallen nicht nur aus dem SGB II heraus, sondern haben – weil sie das reguläre Rentenalter noch nicht erreicht haben - auch keinen Anspruch auf die Grundsicherung im Alter: sie fallen in die traditionelle Sozialhilfe (vgl. Frage 11). Dies bedeutet gegenüber Hartz IV / dem SGB II geringere Vermögensfreibeträge, geringere Einkommensfreigrenzen und Rückgriff auf die Einkommen und Vermögen von Eltern

¹ Eigene Berechnung: Eckrentner – 45 Jahre durchschnittliches Einkommen – aktuell 1.266,30 Euro Rente (Westen), der Abschlag von 8,1% (Regelaltersgrenze ab April 2014: 65 Jahre und 3 Monate) beträgt 102,57 Euro. Damit verbleiben 1.163,73 Euro an Rente. Aber: Eckrentner werden zukünftig durch die abschlagsfreie Rente ab 63 nach 45 Beitragsjahren geschützt. Betroffen werden demnach die Rentenneuzugänge mit weniger als 45 Beitragsjahren sein.



Matthias W. Birkwald, MdB

Bundestagsfraktion DIE LINKE.
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 71215
Fax 030 227 – 76215

E-Mail: matthias-w.birkwald@bundestag.de

(bei 63jährigen weniger relevant) und Kindern (!). In der „Ansparphase“ sowohl bei Hartz IV als auch in der Sozialhilfe noch geschütztes Altersvermögen sei nun zu verbrauchen, „es folgt die Phase des Kapitalverzehr“ (Frage 12). In der Kombination dieser erheblichen Hürden ist davon auszugehen, dass ältere Menschen kurz vor dem regulären Ruhestand nicht einmal Sozialhilfe bekommen, sondern gänzlich leer ausgehen. Der mit dem Hartz IV Bezug einhergehende soziale Abstieg wird durch vollständige Verarmung zu einem Abschluss gebracht.

- Die Ignoranz gegenüber den sozialen Verwerfungen durch die Zwangsverrentungen zeigen sich insbesondere daran, dass bei dem Verweis auf eine vorgezogene Altersrente „die Höhe der zu erwartenden Altersrente“ nicht geprüft wird und keine Rolle spielt (Frage 8). Selbst eine Zwangsverrentung, die durch die Abschlüsse dazu führt, dass dauerhafte Fürsorgebedürftigkeit im Alter entsteht, hält die Bundesregierung schlicht für „zulässig“. Diese Aussage der Bundesregierung erfolgt, obwohl erste Entscheidungen der Sozialgerichtsbarkeit zumindest in diesem Fall Zwangsverrentungen für unzulässig halten (vgl. etwa SG Duisburg, AZ: S 5 AS 4787/12 ER, Manfred Hammel: Zwangsverrentung von Arbeitslosengeld II-Empfängern auf Druck des JobCenters, info also 4/2013). Diese Rechtsprechung ist der Bundesregierung aber schlicht „nicht bekannt“ (Frage 10). Das sollte sich unbedingt ändern!

Presseinformation

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Matthias W. Birkwald, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.

– Drucksache 18/33 –

Zwangsverrentungen von Leistungsberechtigten nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch

Vorbemerkung der Fragesteller

Seit dem Jahresbeginn 2008 droht älteren SGB-II-Leistungsberechtigten (SGB II: Zweites Buch Sozialgesetzbuch) eine zwangsweise Frühverrentung. Leistungsberechtigte, die die Voraussetzungen für eine vorgezogene Altersrente erfüllen, können von den Jobcentern dazu aufgefordert werden, einen Rentenantrag zu stellen. Das SGB II ermöglicht den Jobcentern, auch ohne Zustimmung der betroffenen Leistungsberechtigten direkt einen entsprechenden Antrag zu stellen. Der Wille des betroffenen Menschen – ob er dem Arbeitsmarkt weiter zur Verfügung stehen möchte oder nicht – spielt keine Rolle. Daher handelt es sich um eine Zwangsverrentung.

Mit dem vorzeitigen Renteneintritt sind dauerhafte Abschläge bei der Rente in Höhe von 0,3 Prozentpunkten pro Monat verbunden. Die Zwangsverrentung ist damit nicht nur ein Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen, sondern auch ein Rentenkürzungsprogramm für ältere Erwerbslose. Die Fraktion DIE LINKE hat daher Ende 2008 ein Gesetz in den Deutschen Bundestag eingebracht, das nach nahezu einstimmiger Bewertung von Sachverständigen Zwangsverrentungen ausgeschlossen hätte (Anhörung des Ausschusses Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages am 21. Januar 2008, 74. Sitzung). Dieser Gesetzentwurf fand keine parlamentarische Mehrheit.

Bis zum 31. Dezember 2007 schützte die so genannte 58er-Regelung ältere Erwerbslose vor einer vorzeitigen Verrentung gegen ihren Willen. Dieser Schutz gilt seit dem Siebten Gesetz zur Änderung des Dritten Buches Sozialgesetzbuch und anderer Gesetze nicht mehr. Übergangsregelungen, die einen Vertrauensschutz gewährleisteten, laufen zunehmend aus. Deshalb werden immer mehr ältere SGB-II-Leistungsberechtigte mit einer Zwangsverrentung konfrontiert.

Zwangsverrentungen gibt es nunmehr seit über fünf Jahren. Nach den Angaben der Bundesregierung werden die Aufforderungen durch die Jobcenter sowie Anträge vom Träger im Leistungsverfahren A2LL dokumentiert (Bundestags-

*** Wird nach Vorliegen der lektorierten Druckfassung durch diese ersetzt.**

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom 6. Dezember 2013 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

drucksache 16/13346, Antwort zu Frage 1). Es ist Zeit für eine Bilanz. Das Ausmaß der Zwangsverrentungspraxis und die Auswirkungen für die Leistungsberechtigten sind öffentlich zu machen.

Im Folgenden bitte bei der Angabe „Alter 65“ die im jeweiligen Jahr geltende Regelaltersgrenze – soweit möglich – berücksichtigen und dies entsprechend in der Antwort vermerken.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Grundsicherung für Arbeitsuchende ist ein nachrangiges Fürsorgesystem. Deshalb werden Leistungen nur erbracht, soweit Leistungsberechtigte hilfebedürftig sind. Hilfebedürftig ist, wer seinen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe nicht von anderen, insbesondere von Angehörigen oder von Trägern anderer Sozialleistungen, erhält.

Leistungsberechtigte Personen sind deshalb nach § 12a SGB II verpflichtet, Sozialleistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen, um ihre Hilfebedürftigkeit zu vermeiden oder zu verringern (Nachranggrundsatz). Dementsprechend besteht grundsätzlich auch die Pflicht, eine vorgezogene Altersrente mit Abschlägen in Anspruch zu nehmen, wobei es Ausnahmen von dieser Verpflichtung gibt. So besteht die Verpflichtung zur Inanspruchnahme einer vorgezogenen Altersrente nicht vor Vollendung des 63. Lebensjahres. Auch nach Vollendung des 63. Lebensjahres müssen Leistungsberechtigte eine Altersrente nicht vorzeitig in Anspruch nehmen, wenn die Inanspruchnahme unbillig wäre. Das ist nach der Verordnung zur Vermeidung unbilliger Härten durch Inanspruchnahme einer vorgezogenen Altersrente (Unbilligkeitsverordnung – Unbilligkeits-V) vom 14. April 2008 der Fall, wenn Leistungsberechtigte

- a) einer nicht bedarfsdeckenden Erwerbstätigkeit nachgehen oder parallel die Versicherungsleistung Arbeitslosengeld beziehen („Aufstocker“),
- b) in nächster Zukunft (innerhalb der nächsten drei Monate) eine abschlagsfreie Rente beziehen können oder
- c) glaubhaft machen, demnächst eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen.

Mit diesen Ausnahmenvorschriften vom Nachranggrundsatz ist sichergestellt, dass Erwerbstätige nicht vorzeitig aus dem Arbeitsmarkt herausgedrängt werden. Die fortgesetzte und verlängerte Beschäftigung Älterer wird damit als wesentliches Element moderner Beschäftigungspolitik im SGB II anerkannt. Zudem wird darauf hingewiesen, dass die Aufnahme einer Beschäftigung auch während des Bezuges einer Altersrente möglich ist.

Verfahren und Rechtslage nach SGB II

1. Welches Verfahren ist den Trägern des SGB II für den Verweis auf einen vorzeitigen Rentenbezug vorgeschrieben?

Die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende haben für die Aufforderung an Leistungsberechtigte, eine Altersrente zu beantragen, § 5 Absatz 3 SGB II zu beachten. Die Bundesagentur für Arbeit hat dazu Fachliche Hinweise herausgegeben (zu § 5 SGB II, abrufbar unter www.arbeitsagentur.de/nn_166486/zentraler-Content/A01-Allgemein-Info/A015-Oeffentlichkeitsarbeit/Allgemein/IW-SGB-II-Fachliche-Hinweise.html). In der Anlage zu den Fachlichen Hinweisen befindet sich auch ein Prüfungsschema für die Inanspruchnahme einer Altersrente. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 3 verwiesen.

2. In welchen Dokumenten sind die Verfahren niedergelegt, und welche Verbindlichkeit haben diese für die durchführenden Jobcenter?

Bei den in der Antwort zu Frage 1 zitierten Fachlichen Hinweisen handelt es sich um Weisungen. Diese sind für die gemeinsamen Einrichtungen verbindliche Regelungen.

Neben den Fachlichen Hinweisen ist das grundsätzliche Verfahren bei vorrangigen Leistungen auch im Geschäftsprozessmodell der Bundesagentur für Arbeit dargestellt, wobei ein gesonderter Geschäftsprozess bezüglich der Aufforderung zur Beantragung einer geminderten Altersrente bislang nicht entwickelt wurde. Mit dem Geschäftsprozessmodell werden den gemeinsamen Einrichtungen unverbindlich Referenzprozesse zur Verfügung gestellt. Diese Prozesse stellen die fachlichen Abläufe der operativen Aufgabenerledigung visuell strukturiert dar und werden mithilfe von Beschreibungen und Hinweisen punktuell ergänzt.

3. Welche konkreten Voraussetzungen, Bedingungen und Ausnahmekonstellationen sind in diesen Dokumenten für eine Zwangsverrentung – a) Aufforderung, b) Antragstellung von Amts wegen – benannt?

Zu den nach § 12a SGB II ebenfalls vorrangig in Anspruch zu nehmenden Leistungen gehört eine ungeminderte Altersrente vor Erreichen der Regelaltersgrenze. Das Vorliegen der Voraussetzungen für einen Anspruch auf ungeminderte Altersrente ist durch die gemeinsamen Einrichtungen laufend zu prüfen. Anspruch auf ungeminderte Altersrente nach Vollendung des 60. Lebensjahres (und vor Vollendung des 63. Lebensjahres) kann aktuell noch für folgende Personengruppen bestehen:

- Schwerbehinderte Menschen, die vor dem 17. November 1950 geboren wurden und am 16. November 2000 schwerbehindert oder berufs- oder erwerbsunfähig nach dem am 31. Dezember 2000 geltenden Recht waren und noch sind,
- mindestens 25 Jahre unter Tage beschäftigte Bergleute.

Leistungsberechtigte, die hiervon betroffen sein können, sind rechtzeitig vor Vollendung des 60. Lebensjahres aufzufordern, eine Rentenauskunft vorzulegen.

Sofern noch keine Rentenauskunft vorliegt, sind Leistungsbezieher ab der Vollendung des 62. Lebensjahres aufzufordern, diese vorzulegen. Es ist zu prüfen, ob

- ab Vollendung des 63. Lebensjahres ein Anspruch auf ungeminderte Altersrente besteht (z. B. für schwerbehinderte Menschen) oder
- der Leistungsbezieher auf eine geminderte Altersrente zu verweisen ist.

Personen, deren Anspruch auf Arbeitslosengeld II ab 1. Januar 2008 entstanden ist und für die kein Bestandsschutz besteht, sind aufgrund des Nachrangprinzips bei Vermeidung unbilliger Härten grundsätzlich ab Vollendung des 63. Lebensjahres verpflichtet, eine Rente wegen Alters vorzeitig, d. h. auch mit Abschlägen, in Anspruch zu nehmen.

In der Unbilligkeitsverordnung wird geregelt, wann Hilfebedürftige nach Vollendung des 63. Lebensjahres nicht verpflichtet sind, eine Rente wegen Alters vorzeitig in Anspruch zu nehmen, weil die Inanspruchnahme unbillig wäre. Die Unbilligkeitsverordnung steht online zur Verfügung und wurde in die Fachlichen Hinweise zu § 12a SGB II aufgenommen.

Hat die oder der Leistungsberechtigte nicht bereits von sich aus im Rahmen von § 12a SGB II erforderliche Anträge gestellt, ist sie oder er regelmäßig aufzufor-

dem, unter Einhaltung einer Frist von höchstens zwei Wochen und mit Hinweis auf die Verpflichtung nach § 12a SGB II, einen Antrag bei dem vorrangigen Leistungsträger zu stellen. Die Aufforderung erfolgt nicht, wenn die Inanspruchnahme unbillig wäre.

Stellen Leistungsberechtigte trotz Aufforderung den Antrag auf vorrangige Leistungen nicht oder sind Ausschluss- bzw. Erlöschensfristen zu wahren, ist (sofern nicht zwischenzeitlich eine andere Sach- oder Rechtslage eingetreten ist) der Antrag vom Jobcenter zu stellen. Die eigene Antragsmöglichkeit des Jobcenters ergibt sich aus § 5 Absatz 3 SGB II.

4. Welche konkreten Sachverhalte müssen bei der Einzelfallprüfung regelmäßig vor Ort von den Jobcentern geprüft und dokumentiert werden, und inwieweit gibt es hierzu ermessenslenkende Weisungen der Bundesagentur für Arbeit, der Regionaldirektionen oder der örtlichen Jobcenter?

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 1 bis 3 verwiesen. Zu Weisungen der Regionaldirektionen sowie der gemeinsamen Einrichtungen ist keine Auskunft möglich, weil diese nicht zentral erfasst werden. Im Übrigen sind die gemeinsamen Einrichtungen vor Ort selbst für den Verwaltungsablauf und die Organisation zuständig.

5. Welche Gründe rechtfertigen aus Sicht der Bundesregierung eine vorzeitige Verrentung gegen den Willen der betroffenen Person?

Auch bei einer vorzeitigen Altersrente handelt es sich um eine Leistung, die für den Lebensunterhalt verwendet werden kann. Eine Ausnahme von dem Grundsatz, dass auch Leistungen anderer Träger in Anspruch zu nehmen sind, ist im Hinblick auf den auch für die Grundsicherung für Arbeitsuchende geltenden Nachranggrundsatz nur gerechtfertigt, wenn die Inanspruchnahme unbillig ist. Hierzu wird auf die Vorbemerkung der Bundesregierung verwiesen.

6. Ist es zutreffend, dass rentenrechtlich die betroffene Person über einen Antrag auf eine vorzeitige Rente entscheidet?

Die Entscheidung, eine Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung zu beantragen, trifft grundsätzlich der Versicherte.

7. Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Rechtsauffassung von Prof. Uwe Berlit (info also 5/2007), wonach es nicht das Ziel des SGB II sei, „die Berechtigten ohne Rücksicht auf deren Bedürftigkeit aus dem System zu ‚kippen‘“, vielmehr die rentenversicherungsrechtlichen Normen – also die autonome Entscheidung des Betroffenen – auch im SGB-II-Bereich zu berücksichtigen seien, und es schließlich unzumutbar sei, wenn durch Abschlüsse Sozialhilfebedürftigkeit entsteht, weil dies eine nach § 90 Absatz 3 Satz 3 SGB XII unzulässige, grob fahrlässige Herbeiführung der Hilfebedürftigkeit darstelle?

In der Fragestellung werden Rechtsauffassungen wiedergegeben, die eine Reihe von Wertungen beinhalten, die die Bundesregierung nicht teilt. Dies beginnt bereits bei der grundlegenden Einschätzung, dass für Leistungsberechtigte nach dem SGB II durch den Bezug einer Altersrente grob fahrlässig Hilfebedürftigkeit nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) herbeigeführt würde. Wer Leistungen nach dem SGB II bezieht, ist bereits hilfebedürftig.

Ein zentraler Grundsatz des Fürsorgerechts ist, dass die Leistungsberechtigung nicht von Verschulden abhängig ist, der Anspruch also nicht von den Ursachen der Hilfebedürftigkeit abhängig gemacht werden kann.

In der Fragestellung wird im Zusammenhang mit grob fahrlässig herbeigeführter Hilfebedürftigkeit § 90 Absatz 3 Satz 3 SGB XII angeführt. Der § 90 SGB XII regelt den Einsatz von Vermögen und ist deshalb für den in Frage stehenden Sachverhalt nicht einschlägig.

8. Inwieweit werden vor dem Verweis auf eine vorzeitige Rente die erreichbare Rentenhöhe und die Höhe der auf Dauer zu tragenden Abschläge bei der Rente geprüft, und welche Rolle spielt das Ergebnis bei dem weiteren Vorgehen?

Leistungsberechtigte sind nach § 12a SGB II unter Berücksichtigung unbilliger Härten grundsätzlich verpflichtet, eine Altersrente ab Vollendung des 63. Lebensjahres in Anspruch zu nehmen. Die Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende müssen daher laufende Leistungsfälle darauf hin prüfen, ob Leistungsberechtigte zur Antragstellung auf eine Altersrente aufzufordern sind (siehe hierzu die Antwort zu den Fragen 1 bis 3). Die Höhe der zu erwartenden Altersrente ist dabei nicht zu prüfen.

9. Wie bewertet die Bundesregierung die Zulässigkeit einer Zwangsverrentung, wenn durch die damit einhergehenden Abschläge die Rente nicht ausreicht, um eine Fürsorgebedürftigkeit zu vermeiden?

Im Hinblick auf die Möglichkeit, bei Vorliegen der Voraussetzungen Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch in Anspruch zu nehmen, hält die Bundesregierung den Verweis auf die Beantragung einer vorzeitigen Altersrente für zulässig.

10. Wie bewertet die bisherige Rechtsprechung nach Kenntnis der Bundesregierung die Zulässigkeit einer Zwangsverrentung, wenn durch die damit einhergehenden Abschläge die Rente nicht ausreicht, um eine Fürsorgebedürftigkeit zu vermeiden?

Der Bundesregierung ist keine Rechtsprechung hierzu bekannt.

11. Auf welches Sicherungssystem (SGB II, Drittes und Viertes Kapitel SGB XII) wird eine Person, die vor der Regelaltersgrenze eine Altersrente bezieht – ggf. in Abhängigkeit des Haushaltskontextes –, jeweils verwiesen, wenn das Existenzminimum durch eigenes Einkommen nicht gewährleistet ist?

Die Grundsicherung für Arbeitssuchende wird längstens bis zur Vollendung des der Regelaltersgrenze entsprechenden Lebensalters gewährt. Der Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitssuchende endet im Übrigen nach § 7 Absatz 4 Satz 1 SGB II mit Beginn des Bezugs einer Altersrente. Endet ein Leistungsanspruch nach dem SGB II wegen des Bezugs einer Altersrente, dann ergibt sich eine Leistungsberechtigung nach dem Dritten oder Vierten Kapitel des SGB XII aus § 19 Absatz 1 und 2 sowie aus § 41 SGB XII.

Danach ist bei Vorliegen von Hilfebedürftigkeit in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel SGB XII leistungsberechtigt, wer entweder volljährig und dauerhaft voll erwerbsgemindert ist oder wer

die für seinen oder ihren Geburtsjahrgang geltende Regelaltersgrenze erreicht oder überschritten hat. Leistungsberechtigt in der Hilfe zum Lebensunterhalt sind hingegen grundsätzlich hilfebedürftige Personen, die befristet voll erwerbsgemindert sind und die individuelle Regelaltersgrenze noch nicht erreicht oder überschritten haben. Diese Personengruppe ist weder in der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II noch in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des SGB XII leistungsberechtigt.

Daraus folgt, dass Personen, die eine vorgezogene Altersrente beziehen, bis zur Vollendung der für ihren Geburtsjahrgang geltenden Regelaltersgrenze im Falle von Hilfebedürftigkeit leistungsberechtigt in der Hilfe zum Lebensunterhalt und ab Vollendung des genannten Lebensalters leistungsberechtigt in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sind.

Die mögliche Leistungsberechtigung auf Lebensunterhaltsleistungen nach dem SGB II oder SGB XII des Partners oder der Partnerin einer vorgezogenen Altersrente beziehenden Person hat keine Auswirkungen auf deren individuelle Leistungsberechtigung.

12. Wie unterscheiden sich die Sicherungssysteme des SGB II, der Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel SGB XII sowie der Sozialhilfe nach dem Dritten Kapitel SGB XII in Bezug auf

Das Arbeitslosengeld II ist – anders als die Leistungen nach dem SGB XII – eine Leistung mit vorübergehendem Charakter, bei der der Bezug zum Arbeitsmarkt erhalten bleiben soll. Insofern sind in der Grundsicherung für Arbeitsuchende großzügigere Freibeträge sowohl bei der Vermögensberücksichtigung als auch bei der Einkommensanrechnung gerechtfertigt.

- a) die Anrechnung von verfügbarem Vermögen,

Im SGB II haben Leistungsberechtigte für sich und ihre Partnerin/ihren Partner einen Grundfreibetrag von 150 Euro für jedes vollendete Lebensjahr, mindestens jeweils 3 100 Euro, zuzüglich eines Freibetrages für notwendige Anschaffungen in Höhe von 750 Euro für jede Person. Bei den Leistungsberechtigten in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bleibt ein Barbetrag von mindestens 2 600 Euro frei. Dieser Vermögensschonbetrag ist angemessen zu erhöhen, wenn eine besondere Notlage besteht.

- b) die Anrechnung von Einkommen und

Leistungsberechtigten, die eine Erwerbstätigkeit ausüben, wird ein von der Höhe des Einkommens abhängiger Erwerbstätigenfreibetrag von bis zu 330 Euro monatlich eingeräumt. Leistungsberechtigten nach dem SGB XII ist ein allgemeiner Freibetrag in Höhe von 30 Prozent des Einkommens – höchstens jedoch 50 Prozent der Regelbedarfsstufe 1 (§ 82 Absatz 3 Satz 1 SGB XII) zu belassen, der im zu begründenden Falle auch erhöht werden kann. Für Beschäftigte in Werkstätten für behinderte Menschen und Leistungsberechtigte, die bestimmte ehrenamtliche Tätigkeiten wahrnehmen, gelten Sonderregelungen.

- c) den Rückgriff auf die Einkommen und Vermögen von Kindern und Eltern?

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende erfolgt ein Rückgriff auf Einkommen und Vermögen von Kindern grundsätzlich nicht. Im Vierten Kapitel des SGB XII bleiben Unterhaltsansprüche von Leistungsberechtigten der Grundsicherung im

Alter und bei Erwerbsminderung gegenüber Kindern unberücksichtigt, sofern deren jährliches Gesamteinkommen unter einem Betrag von 100 000 Euro liegt.

- d) Inwieweit ist insbesondere die Auflösung von im Rahmen des SGB II geschütztem Altersvorsorgevermögen Voraussetzung für den Bezug von Leistungen der Sozialhilfe (SGB XII, Drittes Kapitel) und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII, Viertes Kapitel)?

Im SGB II ist der Altersvorsorge dienendes Vermögen bis zu einem Betrag von 750 Euro je Lebensjahr nicht zu berücksichtigen, wenn es aufgrund einer unwiderruflichen vertraglichen Vereinbarung nicht verwertet werden kann. Betroffen ist hiervon insbesondere angespartes Vermögen aus einer kapitalbildenden Lebensversicherung.

Als Altersvorsorge durch das Altersvermögensgesetz gefördertes Vermögen („Riester“-Anlageformen) ist in Höhe der Altersvorsorgeaufwendungen nicht als Vermögen zu berücksichtigen; dies gilt sowohl für die Eigenbeträge als auch für die Zulagen. Der Schutz entfällt bei vorzeitiger Kündigung des Versicherungsvertrages.

Auch im SGB XII hat der Bundesgesetzgeber im Zusammenhang mit der Einführung der staatlich geförderten zusätzlichen privaten Altersvorsorge eine Ausnahmeregelung zum Vermögenseinsatz geschaffen und die gezielte Schonung des Kapitals sowie der Kapitalerträge von staatlich geförderten zusätzlichen privaten Altersvorsorgeverträgen angeordnet. Damit werden diese Vermögensformen vor dem Zugriff der Sozialhilfe geschützt. Allerdings gilt dies nur für die Ansparphase. Denn die Vorsorge für das Alter ist mit Beginn der Ruhestandsphase bzw. dem Eintritt des Versicherungsfalles abgeschlossen, es folgt die Phase des Kapitalverzehr, um daraus entsprechend der Zielsetzung der Altersvorsorge den Lebensunterhalt ganz oder teilweise zu decken. Denn die zusätzliche Altersvorsorge wird gerade deshalb mit Nachdruck angeraten, damit einkommensbedingte Hilfebedürftigkeit im Alter und damit der Bezug von Sozialhilfe erst gar nicht oder nur in geringem Umfang auftreten können.

Für die nicht unter den generellen Schutz der staatlich geförderten privaten Altersvorsorge fallenden anderen Vorsorgeabsicherungen, bestimmt § 90 Absatz 3 SGB XII, dass bei Vorliegen einer Härte auch in diesen Fällen keine Verwertung des Vermögens, allerdings auch nur in der Ansparphase, verlangt werden darf. In Rechtsprechung und Rechtslehre wird hierzu ausgeführt, dass diese Härteregelung auf atypische, also ungewöhnliche Fälle abstellt, bei denen aufgrund besonderer Umstände des Einzelfalles (z. B. Art, Schwere und Dauer der Hilfe, Alter, Familienstand, sonstige Belastungen des Vermögensinhabers und seiner Angehörigen) eine typische Vermögenslage deshalb zu einer besonderen Situation wird, weil die soziale Stellung des Hilfesuchenden nachhaltig beeinträchtigt ist. Ob eine solche Härte vorliegt, hat der zuständige Leistungsträger vor Ort in jedem Einzelfall gesondert zu prüfen.

13. Wie wird der Verweis auf einen vorzeitigen Rentenbezug und sein Ergebnis administrativ dokumentiert und statistisch registriert?

Die Möglichkeit eines vorzeitigen Rentenbezuges wird sowohl in der Leistungsakte als auch im IT-Verfahren A2LL dokumentiert. Diese Dokumentation beinhaltet sowohl die Aufforderung zur Beantragung einer geminderten Altersrente als auch die Rückmeldung des Rentenversicherungsträgers über den frühestmöglichen Rentenbeginn.

Bei Zeiten des Bezuges von Altersruhegeld wird im Fachverfahren VerBIS ein entsprechender Eintrag im Lebenslauf, ein Historienvermerk und die Abmeldung aus der Arbeitsvermittlung erstellt.

Der Grundsicherungsstatistik SGB II liegen keine Daten vor, mit denen der Verweis der gemeinsamen Einrichtung an den Leistungsberechtigten auf einen vorzeitigen Rentenbezug ausgewertet werden könnte. Diese Aspekte der Kundenkommunikation sind nicht im Bereich der statistisch auswertbaren Daten nach § 51b SGB II.

14. Gibt es ein Standardformular/Musterschreiben zur Aufforderung, eine vorgezogene Rente zu beantragen (ggf. bitte dokumentieren)?

Es gibt zwei Mustervorlagen für Schreiben an Leistungsberechtigte, mit dem diese aufgefordert werden, eine geminderte Altersrente zu beantragen. Es wird darauf hingewiesen, dass das Jobcenter berechtigt ist, diesen Antrag ersatzweise zu stellen, wenn der Aufforderung nicht nachgekommen wird. Über die Antragstellung ist eine entsprechende Bescheinigung vorzulegen. Die Aufforderung ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung versehen.

15. Welche Kenntnis hat die Bundesregierung von der Umsetzung des § 12a SGB II und der Unbilligkeitsverordnung durch die sog. Optionskommunen?

Die Aufsicht über die zugelassenen kommunalen Träger obliegt den zuständigen Landesbehörden. Der Bundesregierung hat daher keine Kenntnis über die Umsetzung des § 12a SGB II und der Unbilligkeitsverordnung durch die sogenannten Optionskommunen.

Statistik SGB II

Vorbemerkung der Bundesregierung zu den Fragen 16, 18 und 26

(1) Generell liegen Daten aus der integrierten Grundsicherungsstatistik ab 2007 vor.

(2) Mit Beginn des Jahres 2012 wurde das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre und einen Monat erhöht (in 2013 auf 65 Jahre und zwei Monate). Daher werden ab 2012 in der Grundsicherungsstatistik erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) geführt, die das 65. Lebensjahr bereits vollendet haben. Auch in 2011 werden eLb dieser Altersgruppe in der Grundsicherungsstatistik ausgewiesen. Dies beruht auf einer Regelung, wonach eLb zwischen ihrem 65. Geburtstag (dem eigentlichen Ende des Leistungsbezugs) und dem tatsächlichen Renteneintritt (zu Beginn des Folgemonats) weiterhin Leistungen aus der Grundsicherung erhielten und somit weiterhin als eLb geführt wurden.

16. Wie viele SGB-II-Leistungsberechtigte (insgesamt und getrennt nach erwerbsfähigen sowie nicht erwerbsfähigen aufschlüsseln) waren jeweils 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64 und 65 Jahre alt (bitte Angaben jeweils pro Jahr seit 2005 und bitte bundesweit und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Daten können der Tabelle 1 entnommen werden.

17. Wie viele Personen im SGB-II-Bezug beziehen eine Altersrente (bitte nach Alter unter 63, 63, 64, 65 Jahren differenzieren und bitte bundesweit und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Bezieher von Altersrente erhalten gemäß § 7 Absatz 4 Satz 1 SGB II keine Leistungen nach dem SGB II.

18. Wie viele der über 58-jährigen SGB-II-Leistungsberechtigten gelten statistisch als arbeitslos, und wie viele von diesen sind über 63 Jahre alt (bitte bundesweit und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Die Daten können der Tabelle 2 entnommen werden.

19. Wie viele der über 58-Jährigen gelten nicht als arbeitslos (bitte die Anzahl der über 63-Jährigen extra ausweisen), weil sie a) noch unter die sog. 58er-Regelung und b) unter die Regelung des § 53a Absatz 2 SGB II fallen (bitte Angaben jeweils pro Jahr seit 2005 und bitte bundesweit und nach Bundesländern aufschlüsseln)?

Im Jahresdurchschnitt 2012 nahmen noch 103 000 Personen die Sonderregelungen für Ältere gemäß § 428 SGB III, § 65 Absatz 4 SGB II und § 252 Absatz 8 SGB VI in Anspruch, darunter 95 000 im Rechtskreis SGB II. Für Personen ab 63 Jahren lauten dabei die Ergebnisse 77 000 bzw. 72 000. In Tabelle 3 zu Frage 19 sind Angaben nach Bundesländern enthalten, abweichend von der Fragestellung aber ab dem Jahr 2008, da erst ab diesem Zeitpunkt ein Ausweis für den Rechtskreis SGB II möglich ist.

Für die Sonderregelung für Ältere gemäß § 53a Absatz 2 SGB II werden im Jahresdurchschnitt 2012 129 000 Personen ausgewiesen. Unter diese 129 000 Personen fallen 13 000 Ältere ab 63 Jahren. In Tabelle 3 zu Frage 19 sind Angaben nach Bundesländern zu entnehmen, abweichend von der Fragestellung aber ab 2009, da sich bei dieser im Jahr 2008 eingeführten Regelung Fallzahlen in der Statistik erst nach dem Ablauf von zwölf Monaten (ohne sozialversicherungs-pflichtiges Beschäftigungsangebot an eLb) zeigen konnten.

20. Wie viele der über 58-jährigen SGB-II-Leistungsberechtigten wurden in welchem Alter in eine Erwerbstätigkeit vermittelt (bitte Angaben pro Jahr seit 2005)?

Diese Frage kann mit Mitteln der Grundsicherungsstatistik nicht beantwortet werden. Heranziehbar in diesem Zusammenhang sind aber aus der integrierten Arbeitslosenstatistik ab 2007 die Abgänge von SGB-II-Arbeitslosen in Erwerbstätigkeit und darunter in Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt (und darunter wiederum durch Bundesagentur für Arbeit oder Jobcenter vermittelt). Im Jahr 2012 gab es 37 000 Abgänge von SGB-II-Arbeitslosen ab 58 Jahren in Erwerbstätigkeit. Für den Abgang in Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt wird dabei ein Wert von 19 000 ausgewiesen, wovon 3 000 der Vermittlung nach Auswahl und Vorschlag durch Bundesagentur für Arbeit oder Jobcenter zuzurechnen sind. Weitere Ergebnisse können der Tabelle 4 zu Frage 20 entnommen werden.

21. Welche arbeitsmarktpolitischen Instrumente wurden in welchem Umfang für diese Altersgruppe (insgesamt und im Alter von 58, 59, 60, 61, 62, 63 und 64 Jahren) eingesetzt (bitte Angaben pro Jahr seit 2005)?

Die Daten können der Tabelle 5 entnommen werden. Die Darstellung erfolgt ab dem Jahr 2006, da erst ab diesem Zeitpunkt Förderinformationen der zugelassenen kommunalen Träger berücksichtigt werden können.

22. Wie viele SGB-II-Leistungsberechtigte haben seit 2008 noch unter dem Vertrauensschutz der sog. 58er-Regelung gestanden (bitte Angaben pro Jahr)?

Siehe Antwort zu Frage 19.

23. Wie oft ist die Aufforderung,
a) Rentenansprüche zu klären und
b) vorgezogene Rente zu beantragen,
in eine Eingliederungsvereinbarung aufgenommen worden (bitte Angaben pro Jahr seit 2008)?
24. Wie oft wurden Leistungsberechtigte schriftlich und/oder mündlich aufgefordert,
a) Rentenansprüche zu klären und
b) vorgezogene Rente zu beantragen
(bitte Angaben pro Jahr seit 2008)?
25. In wie vielen Fällen hat der Grundsicherungsträger für die Leistungsberechtigten einen Antrag auf vorzeitige Rente gestellt (bitte Angaben pro Jahr seit 2008)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Angaben vor.

26. In wie vielen Fällen sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Alter von 63 bis 65 Jahren insgesamt aus dem Leistungsbezug ausgeschieden (bitte Angaben pro Jahr seit 2008)?

Aus welchen Gründen und wohin sind die genannten Personen aus dem Leistungsbezug ausgeschieden (Erwerbstätigkeit, Maßnahme der aktiven Arbeitsmarktpolitik, Altersrente, Erwerbsminderungsrente etc.)?

Die Informationen können der Tabelle 6 entnommen werden. Eine Darstellung nach Beendigungsgründen ist nicht möglich.

27. In wie vielen Fällen sind erwerbsfähige Leistungsberechtigte im Alter von 63 bis 65 Jahren a) aufgrund dieser Aufforderung und b) nach Antragstellung durch das Jobcenter aus dem SGB-II-Leistungsbezug ausgeschieden (bitte Angaben pro Jahr seit 2008)?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Angaben vor.

28. In wie vielen Fällen gab es gegen die Aufforderung rechtliche Schritte der betroffenen Leistungsberechtigten (bitte Summe und jeweils welche – Widerspruch, Klage – seit 2008 pro Jahr)?

Welche Ergebnisse hatten diese Verfahren?

29. In wie vielen Fällen gab es gegen eine Antragstellung durch das Jobcenter rechtliche Schritte der betroffenen Leistungsberechtigten (Widerspruch, Klage – seit 2008 pro Jahr)?

Welche Ergebnisse hatten diese Verfahren?

Der Bundesregierung liegen hierzu keine Angaben vor.

30. Für den Fall, dass der Bundesregierung keine statistischen Informationen zu den zuvor gestellten Fragen vorliegen, aus welchen Gründen hält die Bundesregierung diesbezügliche Informationen für verzichtbar, und wann wird sie eine gesetzliche Verpflichtung zur Dokumentation und statistischen Auswertung der Zwangsverrentung schaffen?

Die Bundesregierung hält die Beantragung einer Altersrente durch Personen, die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II beziehen, für einen im Hinblick auf die Nachrangigkeit dieser Leistungen erforderlichen, systematisch richtigen Vorgang. Statistische Informationen hierüber liegen nicht vor. Die Grundsicherungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit speist sich aus den Daten, die die Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach § 51b SGB II für die Durchführung ihrer Aufgaben erheben und nach der RVO zu § 51b SGB II übermitteln.

Vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Bundesregierung nicht, die Fälle der Beantragung einer Altersrente durch Personen, die Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II beziehen, statistisch zu erfassen.

31. Unterstützt die Bundesregierung die Forderung (z. B. Deutscher Verein: Eckpunkte des Deutschen Vereins zur Weiterentwicklung des Leistungsrechts im SGB II, September 2013), die Verpflichtung zur vorzeitigen Inanspruchnahme einer Rente im SGB II zu streichen (bitte begründen)?

Wie bereits in der Antwort zu Frage 5 und der Vorbemerkung der Bundesregierung ausgeführt, sieht die Bundesregierung keine Veranlassung, an der Verpflichtung zur vorzeitigen Inanspruchnahme einer Altersrente nicht mehr festzuhalten.

Statistik der Rentenversicherung – Rentenzugänge, die zuvor im SGB-II-Leistungsbezug waren (Fortschreibung der Angaben aus Bundestagsdrucksache 17/7966)

32. Wie viele Personen der Jahrgänge 1945 bis 1952 (bitte zusammen und einzeln ausweisen) bezogen in den Jahren 2010, 2011, 2012 und – soweit möglich – 2013 erstmals eine Rente wegen Alters (bitte insgesamt und nach Rentenart aufschlüsseln) im Alter von 60, 61, 62, 63, 64, 65 und über 65 Jahren (bitte getrennt für Mann/Frau aufschlüsseln, für Ost/West, nach Bundesländern und Deutschland insgesamt)?
33. Wie viele der Personen (entsprechend Frage 32) hatten als Versicherungsstatus am 31. Dezember des Jahres vor dem Renteneintrittsjahr Bezug von Leistungen des SGB II?

34. Wie viele der Personen (entsprechend Frage 32) hatten als Versicherungsstatus am 31. Dezember des Jahres vor dem Renteneintrittsjahr Anrechnungszeiten (insgesamt und wegen des Bezuges von ALG II – ALG: Arbeitslosengeld – entsprechend § 58 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 SGB VI)?
35. Wie viele der Personen (entsprechend Frage 32) hatten als Versicherungsstatus am 31. Dezember des Jahres vor dem Renteneintrittsjahr Bezug von Leistungen des SGB II sowie versicherungspflichtige Beschäftigung?
36. Wie viele der Personen (entsprechend Frage 32) hatten als Versicherungsstatus am 31. Dezember des Jahres vor dem Renteneintrittsjahr Anrechnungszeiten (insgesamt und wegen des Bezuges von ALG II entsprechend § 58 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 SGB VI) und zusätzlich versicherungspflichtige Beschäftigung?
37. Wie viele der Personen (entsprechend Frage 32) hatten als Versicherungsstatus am 31. Dezember des Jahres vor dem Renteneintrittsjahr versicherungspflichtige Beschäftigung?
38. Wie viele der Personen (entsprechend Frage 32) hatten als Versicherungsstatus am 31. Dezember des Vorjahres des Renteneintrittsjahres Bezug von Leistungen des SGB II und am 31. Dezember des Vorvorjahres des Renteneintrittsjahres Bezug von Leistungen des SGB II oder SGB III?
39. Wie viele der Personen (entsprechend Frage 32) hatten als Versicherungsstatus am 31. Dezember des Vorjahres des Renteneintrittsjahres Anrechnungszeiten (insgesamt und wegen des Bezuges von ALG II entsprechend § 58 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 SGB VI) und am 31. Dezember des Vorvorjahres des Renteneintrittsjahres Bezug von Leistungen des SGB II oder SGB III?
40. Wie viele der Personen (entsprechend Frage 32) hatten als Versicherungsstatus am 31. Dezember des Vorjahres des Renteneintrittsjahres Bezug von Leistungen des SGB II und am 31. Dezember des Vorvor- und Vorvorvorjahres des Renteneintrittsjahres Bezug von Leistungen des SGB II oder SGB III?
41. Wie viele der Personen (entsprechend Frage 32) hatten als Versicherungsstatus am 31. Dezember des Vor- und Vorvorjahres des Renteneintrittsjahres Bezug von Leistungen des SGB II oder von Anrechnungszeiten (insgesamt und wegen des Bezuges von ALG II entsprechend § 58 Absatz 1 Satz 1 Nummer 6 SGB VI) und am 31. Dezember des Vorvorvorjahres des Renteneintrittsjahres Bezug von Leistungen des SGB II oder SGB III?
42. Wie hoch war die durchschnittliche Rente (bitte arithmetisches Mittel sowie Quintile angeben) der Personen (entsprechend Frage 32)?
43. Wie viele Entgeltpunkte und wie viele persönliche Entgeltpunkte lagen der Rente bei den Personen entsprechend Frage 32 jeweils zugrunde (bitte arithmetisches Mittel sowie Quintile angeben)?
- Wie hoch waren die durchschnittlichen (bitte arithmetisches Mittel sowie Quintile angeben) Entgeltpunkte und persönlichen Entgeltpunkte dieser Personen jeweils bezogen auf
- den belegungsfähigen Zeitraum (nach Grundbewertung und nach Vergleichsbewertung),
 - die Beitragszeiten und beitragsfreien Zeiten,
 - die Zeiten mit vollwertigen Pflichtbeiträgen sowie

- d) die Beitragszeiten aus versicherungspflichtiger Beschäftigung, Kindererziehung und Pflege von Angehörigen sowie Berücksichtigungszeiten

jeweils (bitte arithmetisches Mittel sowie Median angeben)?

44. Wie hoch waren die Abschläge (arithmetisches Mittel und Quintile) dieser Personen (bitte differenziert nach Alter von 60 bis 65 Jahre; Angaben pro Jahr)?
45. Wie viele dieser Personen bezogen eine Rente unterhalb des durchschnittlichen Bedarfs der Grundsicherung in Alter (bitte Angaben pro Jahr)?

Die Fragen können derzeit nicht beantwortet werden. Die Bundesregierung wird die Antwort bis spätestens 28. Februar 2014 nachreichen.

46. Wie viele dieser Personen bezogen nach Rentenbeginn Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel SGB XII (bitte Angaben pro Jahr)?

Informationen zu anrechenbarem Einkommen werden in der Statistik des Statistischen Bundesamts für die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel SGB XII nur nach Bedarfsgemeinschaften erhoben, nicht aber nach Personen. Daher liegt der Bundesregierung keine Aufschlüsselung vor, wie viele Personen mit Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt über ein anzurechnendes Einkommen aus Altersrente verfügen. Bezogen auf Bedarfsgemeinschaften verfügten am 31. Dezember 2012 24 000 Bedarfsgemeinschaften mit Bezug von Leistungen nach dem Dritten Kapitel SGB XII über Altersrenten.

Im Unterschied zum Dritten Kapitel SGB XII wird die Statistik des Statistischen Bundesamts zur Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Viertes Kapitel SGB XII) personenbezogen ausgewiesen. Demnach bezogen am 31. Dezember 2012 10 001 Personen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren und 338 371 Personen im Alter von 65 Jahren und älter gleichzeitig Leistungen nach dem Vierten Kapitel SGB XII und Altersrente.

47. Wie viele Personen, die Leistungen gemäß dem Dritten Kapitel SGB XII beziehen, beziehen gleichzeitig eine Altersrente (bitte nach Geschlecht und nach Alter unter 63, 63, 64, 65 Jahren aufschlüsseln)?

Wie viele dieser Personen sind aus dem Bezug des SGB II in den Bezug des Dritten Kapitels SGB XII übergewechselt?

Zur statistischen Erfassung von anrechenbarem Einkommen im Dritten Kapitel SGB XII wird auf die Antwort zu Frage 46 verwiesen. Ursachen der Leistungsgewährung und damit Sachverhalte, die vor dem Beginn des Bezugs von Hilfe zum Lebensunterhalt liegen, werden nicht erhoben. Daher liegen der Bundesregierung die gefragten personenbezogenen Aufschlüsselungen nach Geschlecht und Alter sowie Ursache der Leistungsgewährung für das Dritte Kapitel SGB XII nicht vor.

Tabelle 1a (zu Frage 16): Leistungsberechtigte Personen nach Alter

Alter	Gebiet	Jul 07	Jul 08	Jul 09	Jul 10	Jul 11	Jul 12	Jul 13
		1	2	3	4	5	6	7
58 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	2.852	2.777	2.759	2.628	2.579	2.555	2.672
	Hamburg,02000000	2.553	2.593	2.431	2.367	2.290	2.185	2.355
	Niedersachsen,03000000	7.291	7.788	7.405	7.226	7.127	7.012	7.111
	Bremen,04000000	1.102	1.082	1.057	1.027	1.091	1.075	1.073
	Nordrhein-Westfalen,05000000	19.153	20.019	18.981	19.306	18.777	19.040	19.617
	Hessen,06000000	5.186	5.426	4.987	4.969	4.718	4.728	4.813
	Rheinland-Pfalz,07000000	3.051	3.190	3.049	3.064	2.908	2.762	2.857
	Baden-Württemberg,08000000	6.570	6.662	6.169	6.161	5.902	5.797	5.799
	Bayern,09000000	7.832	7.642	7.156	7.060	6.554	6.210	6.158
	Saarland,10000000	1.235	1.309	1.095	1.051	1.042	1.023	1.021
	Berlin,11000000	6.831	7.274	6.826	6.736	6.468	6.492	6.817
	Brandenburg,12000000	4.244	4.839	4.969	5.070	4.873	4.748	4.816
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	3.240	3.481	3.568	3.674	3.570	3.539	3.483
	Sachsen,14000000	8.365	9.764	9.501	9.507	8.730	8.188	7.676
	Sachsen-Anhalt,15000000	5.539	6.361	5.841	5.891	5.869	5.511	5.436
	Thüringen,16000000	3.913	4.318	4.156	4.044	3.855	3.681	3.501
	Deutschland	88.957	94.525	89.950	89.781	86.353	84.546	85.205
Westdeutschland	56.825	58.488	55.089	54.859	52.988	52.387	53.476	
Ostdeutschland	32.132	36.037	34.861	34.922	33.365	32.159	31.729	
59 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	2.578	2.891	2.706	2.709	2.600	2.482	2.532
	Hamburg,02000000	2.264	2.610	2.546	2.366	2.254	2.242	2.155
	Niedersachsen,03000000	6.491	7.357	7.610	7.350	7.171	6.908	6.800
	Bremen,04000000	1.030	1.092	1.069	1.049	1.024	1.085	1.074
	Nordrhein-Westfalen,05000000	17.689	19.511	19.785	18.827	18.924	18.557	18.702
	Hessen,06000000	4.857	5.298	5.320	4.909	4.768	4.542	4.663
	Rheinland-Pfalz,07000000	2.725	3.136	3.214	3.014	2.909	2.766	2.723
	Baden-Württemberg,08000000	6.381	6.764	6.691	6.324	6.047	5.727	5.770
	Bayern,09000000	7.691	7.904	7.683	7.172	6.842	6.375	6.118
	Saarland,10000000	1.050	1.207	1.227	1.049	1.037	987	1.011
	Berlin,11000000	6.225	6.927	7.004	6.748	6.744	6.275	6.313
	Brandenburg,12000000	3.679	4.202	4.648	4.707	4.801	4.696	4.656
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	2.718	3.129	3.332	3.392	3.498	3.400	3.433
	Sachsen,14000000	7.062	8.258	9.489	9.111	9.128	8.392	7.892
	Sachsen-Anhalt,15000000	4.800	5.465	6.024	5.633	5.673	5.645	5.343
	Thüringen,16000000	3.495	3.849	4.108	4.012	3.799	3.648	3.545
	Deutschland	80.735	89.600	92.456	88.372	87.219	83.727	82.730
Westdeutschland	52.756	57.770	57.851	54.769	53.576	51.671	51.548	
Ostdeutschland	27.979	31.830	34.605	33.603	33.643	32.056	31.182	
60 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	2.147	2.261	2.603	2.423	2.436	2.423	2.450
	Hamburg,02000000	2.202	2.101	2.437	2.366	2.121	2.116	2.203
	Niedersachsen,03000000	5.342	5.825	6.635	6.884	6.533	6.534	6.615
	Bremen,04000000	991	910	997	982	987	969	1.068
	Nordrhein-Westfalen,05000000	14.895	15.774	17.689	17.989	16.993	17.753	18.114
	Hessen,06000000	4.101	4.415	4.843	4.755	4.307	4.333	4.478
	Rheinland-Pfalz,07000000	2.203	2.416	2.821	2.806	2.635	2.707	2.656
	Baden-Württemberg,08000000	5.216	5.491	5.992	6.005	5.413	5.590	5.637
	Bayern,09000000	6.394	6.549	6.882	6.527	6.027	6.152	6.183
	Saarland,10000000	784	919	1.109	1.121	949	975	961
	Berlin,11000000	5.107	5.490	6.124	6.309	6.097	6.291	6.078
	Brandenburg,12000000	2.470	2.703	3.031	3.481	3.599	4.206	4.556
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	1.711	1.866	2.264	2.440	2.568	3.038	3.258
	Sachsen,14000000	5.022	5.023	6.113	7.005	6.982	7.792	7.989
	Sachsen-Anhalt,15000000	3.062	3.355	3.913	4.397	4.336	4.978	5.356
	Thüringen,16000000	2.169	2.307	2.704	2.898	2.812	3.153	3.472
	Deutschland	63.816	67.405	76.157	78.388	74.795	79.010	81.074
Westdeutschland	44.275	46.661	52.008	51.858	48.401	49.552	50.365	
Ostdeutschland	19.541	20.744	24.149	26.530	26.394	29.458	30.709	
61 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	1.516	2.112	2.183	2.534	2.309	2.283	2.338
	Hamburg,02000000	1.707	2.156	2.055	2.366	2.232	1.992	2.047
	Niedersachsen,03000000	4.000	5.116	5.609	6.374	6.460	6.053	6.222
	Bremen,04000000	693	956	884	946	945	993	952
	Nordrhein-Westfalen,05000000	10.901	14.321	15.137	17.031	17.133	16.076	17.173
	Hessen,06000000	2.960	4.037	4.229	4.661	4.388	4.010	4.165
	Rheinland-Pfalz,07000000	1.603	2.117	2.311	2.697	2.603	2.434	2.615
	Baden-Württemberg,08000000	3.715	5.019	5.369	5.851	5.650	5.113	5.333
	Bayern,09000000	4.480	6.079	6.218	6.627	6.013	5.590	5.879
	Saarland,10000000	553	749	904	1.040	1.065	908	948
	Berlin,11000000	3.590	4.870	5.134	5.883	5.977	5.758	6.003
	Brandenburg,12000000	1.333	2.232	2.395	2.739	3.108	3.253	3.999
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	823	1.519	1.615	2.034	2.155	2.304	2.864
	Sachsen,14000000	2.709	4.395	4.433	5.452	6.151	6.122	7.287
	Sachsen-Anhalt,15000000	1.774	2.694	2.936	3.458	3.837	3.841	4.694
	Thüringen,16000000	1.156	1.874	1.986	2.337	2.476	2.455	2.987
	Deutschland	43.513	60.246	63.398	72.030	72.502	69.185	75.506
Westdeutschland	32.128	42.662	44.899	50.127	48.798	45.452	47.672	
Ostdeutschland	11.385	17.584	18.499	21.903	23.704	23.733	27.834	

Tabelle 1a (zu Frage 16): Leistungsberechtigte Personen nach Alter

Alter	Gebiet	Jul 07	Jul 08	Jul 09	Jul 10	Jul 11	Jul 12	Jul 13
		1	2	3	4	5	6	7
62 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	1.438	1.447	2.031	2.101	2.376	2.232	2.233
	Hamburg,02000000	1.568	1.694	2.120	1.961	2.307	2.131	1.934
	Niedersachsen,03000000	3.503	3.833	4.883	5.295	6.045	6.085	5.703
	Bremen,04000000	595	656	913	861	922	923	923
	Nordrhein-Westfalen,05000000	10.025	10.650	13.623	14.512	16.408	16.525	15.488
	Hessen,06000000	2.784	2.886	3.806	3.966	4.456	4.201	3.820
	Rheinland-Pfalz,07000000	1.434	1.570	2.034	2.172	2.588	2.524	2.308
	Baden-Württemberg,08000000	3.356	3.716	4.806	5.100	5.657	5.436	4.968
	Bayern,09000000	4.003	4.389	5.865	5.958	6.345	5.730	5.352
	Saarland,10000000	546	526	713	855	994	1.007	866
	Berlin,11000000	3.600	3.465	4.600	4.891	5.640	5.649	5.420
	Brandenburg,12000000	1.238	1.215	1.910	2.088	2.442	2.851	3.055
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	883	779	1.362	1.427	1.804	1.963	2.124
	Sachsen,14000000	2.640	2.470	3.879	3.809	4.812	5.550	5.540
	Sachsen-Anhalt,15000000	1.429	1.560	2.258	2.468	3.068	3.512	3.528
	Thüringen,16000000	966	1.039	1.615	1.710	2.117	2.227	2.254
Deutschland	40.008	41.895	56.418	59.174	67.981	68.546	65.516	
Westdeutschland	29.252	31.367	40.794	42.781	48.098	46.794	43.595	
Ostdeutschland	10.756	10.528	15.624	16.393	19.883	21.752	21.921	
63 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	1.294	1.274	1.295	1.790	1.801	2.014	1.850
	Hamburg,02000000	1.486	1.475	1.588	1.978	1.803	2.063	1.810
	Niedersachsen,03000000	3.080	3.173	3.388	4.318	4.624	5.072	4.975
	Bremen,04000000	560	545	593	846	776	806	747
	Nordrhein-Westfalen,05000000	8.712	9.219	9.514	12.254	12.704	13.921	13.574
	Hessen,06000000	2.325	2.548	2.580	3.382	3.458	3.790	3.544
	Rheinland-Pfalz,07000000	1.305	1.282	1.416	1.779	1.859	2.142	1.992
	Baden-Württemberg,08000000	2.958	3.068	3.228	4.247	4.335	4.690	4.335
	Bayern,09000000	3.470	3.621	3.926	5.207	5.113	5.360	4.470
	Saarland,10000000	478	501	480	657	722	865	896
	Berlin,11000000	3.268	3.276	3.128	4.184	4.404	4.994	4.845
	Brandenburg,12000000	919	992	917	1.453	1.546	1.834	1.965
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	642	690	610	1.056	1.084	1.359	1.374
	Sachsen,14000000	1.806	2.085	1.936	2.953	2.812	3.580	3.973
	Sachsen-Anhalt,15000000	999	1.127	1.205	1.736	1.840	2.255	2.288
	Thüringen,16000000	673	727	782	1.238	1.202	1.545	1.414
Deutschland	33.975	35.603	36.586	49.078	50.083	56.290	54.052	
Westdeutschland	25.668	26.706	28.008	36.458	37.195	40.723	38.193	
Ostdeutschland	8.307	8.897	8.578	12.620	12.888	15.567	15.859	
64 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	1.021	1.137	1.160	1.199	1.650	1.655	1.827
	Hamburg,02000000	1.195	1.382	1.424	1.527	1.916	1.657	1.918
	Niedersachsen,03000000	2.383	2.794	2.912	3.184	4.002	4.134	4.631
	Bremen,04000000	471	519	506	560	801	736	754
	Nordrhein-Westfalen,05000000	7.031	8.097	8.492	8.870	11.520	11.695	12.640
	Hessen,06000000	1.860	2.093	2.260	2.458	3.186	3.167	3.515
	Rheinland-Pfalz,07000000	1.002	1.164	1.168	1.285	1.650	1.656	1.899
	Baden-Württemberg,08000000	2.320	2.681	2.846	3.033	3.988	3.958	4.241
	Bayern,09000000	2.663	3.127	3.417	3.679	4.848	4.619	4.768
	Saarland,10000000	398	430	450	457	621	653	787
	Berlin,11000000	2.205	2.881	3.025	2.944	4.015	4.059	4.581
	Brandenburg,12000000	586	724	767	783	1.221	1.290	1.562
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	375	495	548	520	916	898	1.180
	Sachsen,14000000	813	1.336	1.612	1.566	2.450	2.364	3.044
	Sachsen-Anhalt,15000000	538	728	897	991	1.461	1.550	1.888
	Thüringen,16000000	349	519	580	684	1.028	1.025	1.292
Deutschland	25.210	30.107	32.064	33.740	45.273	45.116	50.527	
Westdeutschland	20.344	23.424	24.635	26.252	34.182	33.930	36.980	
Ostdeutschland	4.866	6.683	7.429	7.488	11.091	11.186	13.547	
65 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	9	8	7	10	33	178	284
	Hamburg,02000000	6	5	7	6	47	210	290
	Niedersachsen,03000000	30	24	18	30	104	369	641
	Bremen,04000000	*	6	5	*	16	73	120
	Nordrhein-Westfalen,05000000	58	48	59	50	300	1.206	1.998
	Hessen,06000000	61	84	12	49	125	323	574
	Rheinland-Pfalz,07000000	7	3	6	7	34	165	252
	Baden-Württemberg,08000000	13	28	9	24	106	389	694
	Bayern,09000000	9	3	9	13	102	469	728
	Saarland,10000000	6	0	*	0	15	56	101
	Berlin,11000000	15	7	26	22	65	422	748
	Brandenburg,12000000	37	58	7	16	27	99	180
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	11	*	3	0	11	77	100
	Sachsen,14000000	14	16	11	17	57	193	285
	Sachsen-Anhalt,15000000	4	20	8	8	35	106	171
	Thüringen,16000000	10	5	0	*	15	63	145
Deutschland	291	317	188	255	1.092	4.398	7.311	
Westdeutschland	200	209	133	191	882	3.438	5.682	
Ostdeutschland	91	108	55	64	210	960	1.629	

Tabelle 1b (zu Frage 16): Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) nach Alter

Alter	Gebiet	Jul 07	Jul 08	Jul 09	Jul 10	Jul 11	Jul 12	Jul 13
		1	2	3	4	5	6	7
58 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	2.784	2.714	2.682	2.550	2.497	2.462	2.579
	Hamburg,02000000	2.528	2.575	2.402	2.339	2.245	2.130	2.309
	Niedersachsen,03000000	7.170	7.615	7.227	7.052	6.948	6.817	6.926
	Bremen,04000000	1.082	1.062	1.020	1.008	1.075	1.054	1.063
	Nordrhein-Westfalen,05000000	18.825	19.682	18.587	18.802	18.296	18.503	19.068
	Hessen,06000000	5.066	5.289	4.819	4.769	4.531	4.536	4.574
	Rheinland-Pfalz,07000000	2.999	3.135	2.992	2.990	2.849	2.699	2.800
	Baden-Württemberg,08000000	6.487	6.572	6.100	6.073	5.819	5.712	5.730
	Bayern,09000000	7.680	7.481	6.989	6.889	6.431	6.085	6.028
	Saarland,10000000	1.218	1.283	1.079	1.039	1.022	999	1.002
	Berlin,11000000	6.747	7.165	6.730	6.644	6.363	6.400	6.722
	Brandenburg,12000000	4.175	4.768	4.906	4.976	4.781	4.651	4.720
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	3.182	3.442	3.503	3.603	3.483	3.463	3.382
	Sachsen,14000000	8.254	9.638	9.305	9.297	8.541	8.009	7.505
	Sachsen-Anhalt,15000000	5.467	6.254	5.730	5.788	5.735	5.425	5.326
	Thüringen,16000000	3.838	4.217	4.069	3.959	3.788	3.588	3.432
	Deutschland	87.502	92.892	88.140	87.778	84.404	82.533	83.166
	Westdeutschland	55.839	57.408	53.897	53.511	51.713	50.997	52.079
	Ostdeutschland	31.663	35.484	34.243	34.267	32.691	31.536	31.087
	59 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	2.535	2.815	2.635	2.633	2.525	2.401
Hamburg,02000000		2.242	2.589	2.529	2.339	2.212	2.171	2.102
Niedersachsen,03000000		6.379	7.240	7.448	7.160	6.975	6.735	6.617
Bremen,04000000		1.009	1.078	1.053	1.011	1.004	1.071	1.054
Nordrhein-Westfalen,05000000		17.456	19.204	19.429	18.416	18.402	18.060	18.171
Hessen,06000000		4.750	5.176	5.180	4.715	4.568	4.366	4.469
Rheinland-Pfalz,07000000		2.683	3.093	3.153	2.958	2.835	2.707	2.657
Baden-Württemberg,08000000		6.314	6.688	6.613	6.261	5.966	5.655	5.703
Bayern,09000000		7.577	7.761	7.545	7.017	6.703	6.276	6.018
Saarland,10000000		1.037	1.192	1.203	1.029	1.023	966	990
Berlin,11000000		6.140	6.850	6.905	6.668	6.646	6.184	6.225
Brandenburg,12000000		3.621	4.134	4.595	4.639	4.713	4.602	4.588
Mecklenburg-Vorpommern,13000000		2.668	3.088	3.301	3.335	3.427	3.305	3.369
Sachsen,14000000		6.980	8.154	9.339	8.924	8.917	8.206	7.710
Sachsen-Anhalt,15000000		4.757	5.392	5.930	5.532	5.574	5.520	5.249
Thüringen,16000000		3.455	3.785	4.031	3.927	3.733	3.572	3.470
Deutschland		79.603	88.239	90.889	86.564	85.223	81.797	80.813
Westdeutschland		51.982	56.836	56.788	53.539	52.213	50.408	50.222
Ostdeutschland		27.621	31.403	34.101	33.025	33.010	31.389	30.591
60 Jahre		Schleswig-Holstein,01000000	2.107	2.219	2.544	2.362	2.366	2.331
	Hamburg,02000000	2.182	2.078	2.417	2.350	2.089	2.062	2.147
	Niedersachsen,03000000	5.251	5.721	6.538	6.734	6.366	6.359	6.449
	Bremen,04000000	975	894	983	968	960	948	1.051
	Nordrhein-Westfalen,05000000	14.680	15.563	17.414	17.657	16.607	17.288	17.645
	Hessen,06000000	3.995	4.317	4.737	4.622	4.108	4.152	4.304
	Rheinland-Pfalz,07000000	2.174	2.385	2.786	2.751	2.585	2.634	2.604
	Baden-Württemberg,08000000	5.143	5.428	5.937	5.935	5.350	5.510	5.560
	Bayern,09000000	6.285	6.456	6.775	6.411	5.918	6.025	6.098
	Saarland,10000000	779	910	1.095	1.099	934	957	943
	Berlin,11000000	5.040	5.426	6.062	6.233	6.015	6.204	6.006
	Brandenburg,12000000	2.432	2.641	2.991	3.431	3.547	4.121	4.464
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	1.678	1.836	2.231	2.408	2.514	2.964	3.170
	Sachsen,14000000	4.957	4.946	6.019	6.875	6.832	7.618	7.812
	Sachsen-Anhalt,15000000	3.024	3.293	3.875	4.332	4.244	4.881	5.259
	Thüringen,16000000	2.129	2.259	2.659	2.852	2.753	3.107	3.409
	Deutschland	62.831	66.372	75.063	77.020	73.188	77.161	79.289
	Westdeutschland	43.571	45.971	51.226	50.889	47.283	48.266	49.169
	Ostdeutschland	19.260	20.401	23.837	26.131	25.905	28.895	30.120
	61 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	1.492	2.090	2.144	2.481	2.254	2.215
Hamburg,02000000		1.700	2.138	2.037	2.352	2.219	1.966	2.001
Niedersachsen,03000000		3.930	5.026	5.529	6.284	6.321	5.894	6.061
Bremen,04000000		681	937	874	936	933	966	931
Nordrhein-Westfalen,05000000		10.725	14.140	14.953	16.799	16.823	15.731	16.777
Hessen,06000000		2.883	3.939	4.159	4.562	4.281	3.835	3.990
Rheinland-Pfalz,07000000		1.584	2.091	2.288	2.666	2.553	2.391	2.561
Baden-Württemberg,08000000		3.675	4.952	5.325	5.803	5.586	5.046	5.267
Bayern,09000000		4.411	5.986	6.139	6.544	5.914	5.501	5.778
Saarland,10000000		544	742	898	1.029	1.044	891	935
Berlin,11000000		3.554	4.818	5.087	5.828	5.917	5.695	5.923
Brandenburg,12000000		1.290	2.180	2.362	2.708	3.068	3.206	3.919
Mecklenburg-Vorpommern,13000000		804	1.500	1.595	2.012	2.119	2.261	2.808
Sachsen,14000000		2.683	4.343	4.369	5.375	6.046	6.003	7.160
Sachsen-Anhalt,15000000		1.748	2.643	2.900	3.430	3.791	3.770	4.619
Thüringen,16000000		1.139	1.837	1.958	2.309	2.440	2.404	2.947
Deutschland		42.843	59.362	62.617	71.118	71.309	67.775	73.931
Westdeutschland		31.625	42.041	44.346	49.456	47.928	44.436	46.555
Ostdeutschland		11.218	17.321	18.271	21.662	23.381	23.339	27.376

Tabelle 1b (zu Frage 16): Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) nach Alter

Alter	Gebiet	Jul 07	Jul 08	Jul 09	Jul 10	Jul 11	Jul 12	Jul 13
		1	2	3	4	5	6	7
62 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	1.411	1.428	2.010	2.067	2.336	2.187	2.168
	Hamburg,02000000	1.553	1.688	2.105	1.946	2.292	2.117	1.910
	Niedersachsen,03000000	3.434	3.774	4.818	5.219	5.968	5.962	5.572
	Bremen,04000000	584	645	893	852	914	919	904
	Nordrhein-Westfalen,05000000	9.878	10.497	13.467	14.337	16.202	16.237	15.157
	Hessen,06000000	2.710	2.813	3.744	3.901	4.360	4.084	3.659
	Rheinland-Pfalz,07000000	1.414	1.556	2.012	2.155	2.558	2.483	2.263
	Baden-Württemberg,08000000	3.311	3.667	4.768	5.063	5.602	5.375	4.904
	Bayern,09000000	3.937	4.337	5.788	5.881	6.284	5.654	5.265
	Saarland,10000000	537	522	706	851	987	989	852
	Berlin,11000000	3.561	3.433	4.563	4.852	5.594	5.605	5.367
	Brandenburg,12000000	1.198	1.171	1.896	2.053	2.417	2.807	3.014
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	859	767	1.346	1.413	1.786	1.924	2.089
	Sachsen,14000000	2.608	2.445	3.827	3.753	4.752	5.477	5.442
	Sachsen-Anhalt,15000000	1.411	1.529	2.236	2.448	3.037	3.467	3.481
	Thüringen,16000000	944	1.019	1.594	1.691	2.094	2.198	2.207
	Deutschland	39.350	41.291	55.773	58.482	67.183	67.485	64.254
Westdeutschland	28.769	30.927	40.311	42.272	47.503	46.007	42.654	
Ostdeutschland	10.581	10.364	15.462	16.210	19.680	21.478	21.600	
63 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	1.269	1.256	1.280	1.771	1.777	1.975	1.819
	Hamburg,02000000	1.473	1.464	1.584	1.967	1.792	2.052	1.803
	Niedersachsen,03000000	3.015	3.111	3.345	4.261	4.547	5.006	4.867
	Bremen,04000000	544	535	585	834	769	798	743
	Nordrhein-Westfalen,05000000	8.591	9.086	9.386	12.109	12.550	13.725	13.343
	Hessen,06000000	2.244	2.491	2.524	3.320	3.392	3.703	3.429
	Rheinland-Pfalz,07000000	1.289	1.267	1.405	1.760	1.844	2.126	1.961
	Baden-Württemberg,08000000	2.916	3.021	3.199	4.217	4.304	4.647	4.282
	Bayern,09000000	3.422	3.571	3.874	5.142	5.053	5.304	4.413
	Saarland,10000000	467	493	477	654	717	857	882
	Berlin,11000000	3.230	3.248	3.102	4.152	4.373	4.963	4.807
	Brandenburg,12000000	877	952	901	1.438	1.521	1.814	1.926
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	624	686	603	1.047	1.066	1.343	1.337
	Sachsen,14000000	1.779	2.054	1.917	2.911	2.775	3.532	3.910
	Sachsen-Anhalt,15000000	971	1.097	1.197	1.721	1.826	2.233	2.257
	Thüringen,16000000	654	714	778	1.225	1.189	1.526	1.390
	Deutschland	33.365	35.046	36.157	48.529	49.495	55.604	53.169
Westdeutschland	25.230	26.295	27.659	36.035	36.745	40.193	37.542	
Ostdeutschland	8.135	8.751	8.498	12.494	12.750	15.411	15.627	
64 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	1.000	1.117	1.145	1.189	1.630	1.631	1.792
	Hamburg,02000000	1.190	1.375	1.415	1.523	1.899	1.646	1.904
	Niedersachsen,03000000	2.332	2.732	2.857	3.142	3.937	4.062	4.576
	Bremen,04000000	455	506	498	552	790	733	749
	Nordrhein-Westfalen,05000000	6.897	7.985	8.395	8.764	11.385	11.518	12.484
	Hessen,06000000	1.793	2.041	2.229	2.403	3.135	3.097	3.450
	Rheinland-Pfalz,07000000	986	1.152	1.159	1.272	1.630	1.637	1.886
	Baden-Württemberg,08000000	2.282	2.646	2.823	3.012	3.958	3.929	4.203
	Bayern,09000000	2.630	3.094	3.379	3.634	4.805	4.574	4.724
	Saarland,10000000	393	419	444	453	618	643	779
	Berlin,11000000	2.170	2.856	3.002	2.925	3.988	4.031	4.558
	Brandenburg,12000000	549	676	758	770	1.208	1.268	1.543
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	354	491	543	513	902	882	1.159
	Sachsen,14000000	795	1.311	1.595	1.552	2.420	2.330	3.006
	Sachsen-Anhalt,15000000	526	687	887	987	1.447	1.529	1.871
	Thüringen,16000000	333	504	574	682	1.017	1.015	1.285
	Deutschland	24.685	29.592	31.703	33.373	44.769	44.525	49.969
Westdeutschland	19.958	23.067	24.344	25.944	33.787	33.470	36.547	
Ostdeutschland	4.727	6.525	7.359	7.429	10.982	11.055	13.422	
65 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	0	0	0	0	27	162	269
	Hamburg,02000000	0	0	0	0	42	197	272
	Niedersachsen,03000000	0	0	0	0	70	307	580
	Bremen,04000000	0	0	0	0	15	69	112
	Nordrhein-Westfalen,05000000	0	0	0	0	214	971	1.852
	Hessen,06000000	0	0	0	0	62	248	494
	Rheinland-Pfalz,07000000	0	0	0	0	26	144	237
	Baden-Württemberg,08000000	0	0	0	0	84	346	646
	Bayern,09000000	0	0	0	0	94	443	694
	Saarland,10000000	0	0	0	0	13	46	98
	Berlin,11000000	0	0	0	0	55	389	704
	Brandenburg,12000000	0	0	0	0	9	76	161
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	0	0	0	0	11	69	90
	Sachsen,14000000	0	0	0	0	39	165	267
	Sachsen-Anhalt,15000000	0	0	0	0	22	82	157
	Thüringen,16000000	0	0	0	0	12	59	141
	Deutschland	0	0	0	0	795	3.773	6.774
Westdeutschland	0	0	0	0	647	2.933	5.254	
Ostdeutschland	0	0	0	0	148	840	1.520	

Tabelle 1c (zu Frage 16): Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Alter

Alter	Gebiet	Jul 07	Jul 08	Jul 09	Jul 10	Jul 11	Jul 12	Jul 13
		1	2	3	4	5	6	7
58 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	68	63	77	78	82	93	93
	Hamburg,02000000	25	18	29	28	45	55	46
	Niedersachsen,03000000	121	173	178	174	179	195	185
	Bremen,04000000	20	20	37	19	16	21	10
	Nordrhein-Westfalen,05000000	328	337	394	504	481	537	549
	Hessen,06000000	120	138	168	200	187	192	239
	Rheinland-Pfalz,07000000	52	55	57	74	59	63	57
	Baden-Württemberg,08000000	83	90	69	88	83	85	69
	Bayern,09000000	152	161	167	171	123	125	130
	Saarland,10000000	17	26	16	12	20	24	19
	Berlin,11000000	84	109	96	92	105	92	95
	Brandenburg,12000000	69	71	63	94	92	97	96
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	58	39	65	71	87	76	101
	Sachsen,14000000	111	126	196	210	189	179	171
	Sachsen-Anhalt,15000000	72	107	111	103	134	86	110
	Thüringen,16000000	75	101	87	85	67	93	69
	Deutschland	1.455	1.634	1.810	2.003	1.949	2.013	2.039
Westdeutschland	986	1.081	1.192	1.348	1.275	1.390	1.397	
Ostdeutschland	469	553	618	655	674	623	642	
59 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	43	76	71	76	75	81	91
	Hamburg,02000000	22	21	17	27	42	71	53
	Niedersachsen,03000000	112	117	162	190	196	173	183
	Bremen,04000000	21	14	16	38	20	14	20
	Nordrhein-Westfalen,05000000	233	307	356	411	522	497	531
	Hessen,06000000	107	121	140	194	200	176	194
	Rheinland-Pfalz,07000000	42	43	61	56	74	59	66
	Baden-Württemberg,08000000	67	76	78	63	81	72	67
	Bayern,09000000	114	143	138	155	139	99	100
	Saarland,10000000	13	15	24	20	14	21	21
	Berlin,11000000	85	77	99	80	98	91	88
	Brandenburg,12000000	58	68	53	68	88	94	88
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	50	41	31	57	71	95	64
	Sachsen,14000000	82	104	150	187	211	186	182
	Sachsen-Anhalt,15000000	43	73	94	101	99	125	94
	Thüringen,16000000	40	64	77	85	66	76	75
	Deutschland	1.132	1.360	1.567	1.808	1.996	1.930	1.917
Westdeutschland	774	933	1.063	1.230	1.363	1.263	1.326	
Ostdeutschland	358	427	504	578	633	667	591	
60 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	40	42	59	61	70	92	82
	Hamburg,02000000	20	23	20	16	32	54	56
	Niedersachsen,03000000	91	104	97	150	167	175	166
	Bremen,04000000	16	16	14	14	27	21	17
	Nordrhein-Westfalen,05000000	215	211	275	332	386	465	469
	Hessen,06000000	106	98	106	133	199	181	174
	Rheinland-Pfalz,07000000	29	31	35	55	50	73	52
	Baden-Württemberg,08000000	73	63	55	70	63	80	77
	Bayern,09000000	109	93	107	116	109	127	85
	Saarland,10000000	5	9	14	22	15	18	18
	Berlin,11000000	67	64	62	76	82	87	72
	Brandenburg,12000000	38	62	40	50	52	85	92
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	33	30	33	32	54	74	88
	Sachsen,14000000	65	77	94	130	150	174	177
	Sachsen-Anhalt,15000000	38	62	38	65	92	97	97
	Thüringen,16000000	40	48	45	46	59	46	63
	Deutschland	985	1.033	1.094	1.368	1.607	1.849	1.785
Westdeutschland	704	690	782	969	1.118	1.286	1.196	
Ostdeutschland	281	343	312	399	489	563	589	
61 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	24	22	39	53	55	68	84
	Hamburg,02000000	7	18	18	14	13	26	46
	Niedersachsen,03000000	70	90	80	90	139	159	161
	Bremen,04000000	12	19	10	10	12	27	21
	Nordrhein-Westfalen,05000000	176	181	184	232	310	345	396
	Hessen,06000000	77	98	70	99	107	175	175
	Rheinland-Pfalz,07000000	19	26	23	31	50	43	54
	Baden-Württemberg,08000000	40	67	45	48	64	67	66
	Bayern,09000000	69	93	79	83	99	89	101
	Saarland,10000000	9	7	6	11	21	17	13
	Berlin,11000000	36	52	47	55	60	63	80
	Brandenburg,12000000	43	52	33	31	40	47	80
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	19	19	20	22	36	43	56
	Sachsen,14000000	26	52	64	77	105	119	127
	Sachsen-Anhalt,15000000	26	51	36	28	46	71	75
	Thüringen,16000000	17	37	28	28	36	51	40
	Deutschland	670	884	782	912	1.193	1.410	1.575
Westdeutschland	503	621	554	671	870	1.016	1.117	
Ostdeutschland	167	263	228	241	323	394	458	

Tabelle 1c (zu Frage 16): Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte nach Alter

Alter	Gebiet	Jul 07	Jul 08	Jul 09	Jul 10	Jul 11	Jul 12	Jul 13
		1	2	3	4	5	6	7
62 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	27	19	21	34	40	45	65
	Hamburg,02000000	15	6	15	15	15	14	24
	Niedersachsen,03000000	69	59	65	76	77	123	131
	Bremen,04000000	11	11	20	9	8	4	19
	Nordrhein-Westfalen,05000000	147	153	156	175	206	288	331
	Hessen,06000000	74	73	62	65	96	117	161
	Rheinland-Pfalz,07000000	20	14	22	17	30	41	45
	Baden-Württemberg,08000000	45	49	39	37	55	61	64
	Bayern,09000000	66	52	77	77	61	76	87
	Saarland,10000000	9	4	7	4	7	18	14
	Berlin,11000000	39	32	37	39	46	44	53
	Brandenburg,12000000	40	44	14	35	25	44	41
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	24	12	16	14	18	39	35
	Sachsen,14000000	32	25	52	56	60	73	98
	Sachsen-Anhalt,15000000	18	31	22	20	31	45	47
	Thüringen,16000000	22	20	21	19	23	29	47
Deutschland	658	604	646	692	798	1.061	1.262	
Westdeutschland	483	440	484	509	595	787	941	
Ostdeutschland	175	164	162	183	203	274	321	
63 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	25	18	15	19	24	39	31
	Hamburg,02000000	13	11	4	11	11	11	7
	Niedersachsen,03000000	65	62	43	57	77	66	108
	Bremen,04000000	16	10	8	12	7	8	4
	Nordrhein-Westfalen,05000000	121	133	128	145	154	196	231
	Hessen,06000000	81	57	56	62	66	87	115
	Rheinland-Pfalz,07000000	16	15	11	19	15	16	31
	Baden-Württemberg,08000000	42	47	28	30	31	43	53
	Bayern,09000000	48	50	52	65	60	56	57
	Saarland,10000000	11	8	3	3	5	8	14
	Berlin,11000000	38	28	26	32	31	31	38
	Brandenburg,12000000	42	40	16	15	25	20	39
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	18	4	7	9	18	16	37
	Sachsen,14000000	27	31	19	42	37	48	63
	Sachsen-Anhalt,15000000	28	30	8	15	14	22	31
	Thüringen,16000000	19	13	4	13	13	19	24
Deutschland	610	557	428	549	588	686	883	
Westdeutschland	438	411	348	423	450	530	651	
Ostdeutschland	172	146	80	126	138	156	232	
64 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	21	20	15	10	20	24	35
	Hamburg,02000000	5	7	9	4	17	11	14
	Niedersachsen,03000000	51	62	55	42	65	72	55
	Bremen,04000000	16	13	8	8	11	3	5
	Nordrhein-Westfalen,05000000	134	112	97	106	135	177	156
	Hessen,06000000	67	52	31	55	51	70	65
	Rheinland-Pfalz,07000000	16	12	9	13	20	19	13
	Baden-Württemberg,08000000	38	35	23	21	30	29	38
	Bayern,09000000	33	33	38	45	43	45	44
	Saarland,10000000	5	11	6	4	3	10	8
	Berlin,11000000	35	25	23	19	27	28	23
	Brandenburg,12000000	37	48	9	13	13	22	19
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	21	4	5	7	14	16	21
	Sachsen,14000000	18	25	17	14	30	34	38
	Sachsen-Anhalt,15000000	12	41	10	4	14	21	17
	Thüringen,16000000	16	15	6	*	11	10	7
Deutschland	525	515	361	367	504	591	558	
Westdeutschland	386	357	291	308	395	460	433	
Ostdeutschland	139	158	70	59	109	131	125	
65 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	9	8	7	10	6	16	15
	Hamburg,02000000	6	5	7	6	5	13	18
	Niedersachsen,03000000	30	24	18	30	34	62	61
	Bremen,04000000	*	6	5	*	*	4	8
	Nordrhein-Westfalen,05000000	58	48	59	50	86	235	146
	Hessen,06000000	61	84	12	49	63	75	80
	Rheinland-Pfalz,07000000	7	3	6	7	8	21	15
	Baden-Württemberg,08000000	13	28	9	24	22	43	48
	Bayern,09000000	9	3	9	13	8	26	34
	Saarland,10000000	6	*	*	*	*	10	3
	Berlin,11000000	15	7	26	22	10	33	44
	Brandenburg,12000000	37	58	7	16	18	23	19
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	11	*	3	0	0	8	10
	Sachsen,14000000	14	16	11	17	18	28	18
	Sachsen-Anhalt,15000000	4	20	8	8	13	24	14
	Thüringen,16000000	10	5	*	*	3	4	4
Deutschland	291	317	188	255	297	625	537	
Westdeutschland	200	209	133	191	235	505	428	
Ostdeutschland	91	108	55	64	62	120	109	

Tabelle 2 (zu Frage 18): Arbeitslose, erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) nach Alter

Alter	Gebiet	eLb	
		1	2
58 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	2.579	1.403
	Hamburg,02000000	2.309	1.066
	Niedersachsen,03000000	6.926	4.017
	Bremen,04000000	1.063	618
	Nordrhein-Westfalen,05000000	19.068	12.309
	Hessen,06000000	4.574	2.489
	Rheinland-Pfalz,07000000	2.800	1.527
	Baden-Württemberg,08000000	5.730	3.150
	Bayern,09000000	6.028	3.386
	Saarland,10000000	1.002	541
	Berlin,11000000	6.722	3.036
	Brandenburg,12000000	4.720	2.745
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	3.382	2.029
	Sachsen,14000000	7.505	4.284
	Sachsen-Anhalt,15000000	5.326	2.711
	Thüringen,16000000	3.432	1.886
	Deutschland	83.166	47.197
	Westdeutschland	52.079	30.506
Ostdeutschland	31.087	16.691	
59 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	2.441	993
	Hamburg,02000000	2.102	663
	Niedersachsen,03000000	6.617	2.795
	Bremen,04000000	1.054	453
	Nordrhein-Westfalen,05000000	18.171	8.019
	Hessen,06000000	4.469	2.041
	Rheinland-Pfalz,07000000	2.657	1.108
	Baden-Württemberg,08000000	5.703	2.311
	Bayern,09000000	6.018	2.523
	Saarland,10000000	990	391
	Berlin,11000000	6.225	2.416
	Brandenburg,12000000	4.568	1.912
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	3.369	885
	Sachsen,14000000	7.710	3.404
	Sachsen-Anhalt,15000000	5.249	1.474
	Thüringen,16000000	3.470	1.483
	Deutschland	80.813	32.871
	Westdeutschland	50.222	21.297
Ostdeutschland	30.591	11.574	
60 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	2.368	822
	Hamburg,02000000	2.147	456
	Niedersachsen,03000000	6.449	2.242
	Bremen,04000000	1.051	326
	Nordrhein-Westfalen,05000000	17.645	5.743
	Hessen,06000000	4.304	1.731
	Rheinland-Pfalz,07000000	2.604	895
	Baden-Württemberg,08000000	5.560	1.861
	Bayern,09000000	6.098	2.152
	Saarland,10000000	943	331
	Berlin,11000000	6.006	1.980
	Brandenburg,12000000	4.464	1.399
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	3.170	472
	Sachsen,14000000	7.812	2.799
	Sachsen-Anhalt,15000000	5.259	1.005
	Thüringen,16000000	3.409	1.225
	Deutschland	79.289	25.439
	Westdeutschland	49.169	16.559
Ostdeutschland	30.120	8.880	
61 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	2.254	661
	Hamburg,02000000	2.001	313
	Niedersachsen,03000000	6.061	1.744
	Bremen,04000000	931	221
	Nordrhein-Westfalen,05000000	16.777	4.131
	Hessen,06000000	3.990	1.533
	Rheinland-Pfalz,07000000	2.561	707
	Baden-Württemberg,08000000	5.267	1.492
	Bayern,09000000	5.778	1.713
	Saarland,10000000	935	256
	Berlin,11000000	5.923	1.592
	Brandenburg,12000000	3.919	956
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	2.808	337
	Sachsen,14000000	7.160	1.981
	Sachsen-Anhalt,15000000	4.619	735
	Thüringen,16000000	2.947	936
	Deutschland	73.931	19.308
	Westdeutschland	46.555	12.771
Ostdeutschland	27.376	6.537	

Tabelle 2 (zu Frage 18): Arbeitslose, erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) nach Alter

Alter	Gebiet	eLb	arbeitslose eLb
		1	2
62 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	2.168	556
	Hamburg,02000000	1.910	252
	Niedersachsen,03000000	5.572	1.371
	Bremen,04000000	904	155
	Nordrhein-Westfalen,05000000	15.157	3.139
	Hessen,06000000	3.659	1.320
	Rheinland-Pfalz,07000000	2.263	527
	Baden-Württemberg,08000000	4.904	1.145
	Bayern,09000000	5.265	1.393
	Saarland,10000000	852	189
	Berlin,11000000	5.367	1.151
	Brandenburg,12000000	3.014	609
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	2.089	218
	Sachsen,14000000	5.442	1.302
	Sachsen-Anhalt,15000000	3.481	470
	Thüringen,16000000	2.207	652
	Deutschland	64.254	14.449
Westdeutschland	42.654	10.047	
Ostdeutschland	21.600	4.402	
63 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	1.819	280
	Hamburg,02000000	1.803	154
	Niedersachsen,03000000	4.867	697
	Bremen,04000000	743	82
	Nordrhein-Westfalen,05000000	13.343	1.759
	Hessen,06000000	3.429	852
	Rheinland-Pfalz,07000000	1.961	301
	Baden-Württemberg,08000000	4.282	650
	Bayern,09000000	4.413	787
	Saarland,10000000	882	134
	Berlin,11000000	4.807	694
	Brandenburg,12000000	1.926	275
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	1.337	81
	Sachsen,14000000	3.910	530
	Sachsen-Anhalt,15000000	2.257	176
	Thüringen,16000000	1.390	203
	Deutschland	53.169	7.655
Westdeutschland	37.542	5.696	
Ostdeutschland	15.627	1.959	
64 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	1.792	151
	Hamburg,02000000	1.904	96
	Niedersachsen,03000000	4.576	341
	Bremen,04000000	749	42
	Nordrhein-Westfalen,05000000	12.484	898
	Hessen,06000000	3.450	422
	Rheinland-Pfalz,07000000	1.886	151
	Baden-Württemberg,08000000	4.203	375
	Bayern,09000000	4.724	453
	Saarland,10000000	779	68
	Berlin,11000000	4.558	292
	Brandenburg,12000000	1.543	105
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	1.159	35
	Sachsen,14000000	3.006	194
	Sachsen-Anhalt,15000000	1.871	73
	Thüringen,16000000	1.285	72
	Deutschland	49.969	3.768
Westdeutschland	36.547	2.997	
Ostdeutschland	13.422	771	
65 Jahre	Schleswig-Holstein,01000000	269	26
	Hamburg,02000000	272	7
	Niedersachsen,03000000	580	37
	Bremen,04000000	112	3
	Nordrhein-Westfalen,05000000	1.852	108
	Hessen,06000000	494	51
	Rheinland-Pfalz,07000000	237	14
	Baden-Württemberg,08000000	646	47
	Bayern,09000000	694	70
	Saarland,10000000	98	5
	Berlin,11000000	704	46
	Brandenburg,12000000	161	17
	Mecklenburg-Vorpommern,13000000	90	-
	Sachsen,14000000	267	18
	Sachsen-Anhalt,15000000	157	11
	Thüringen,16000000	141	8
	Deutschland	6.774	469
Westdeutschland	5.254	368	
Ostdeutschland	1.520	101	

Tabelle 3a (zu Frage 19): Sonderregelung für Ältere im SGB II und SGB III

Zeitraum	Region	Sonderregelungen für Ältere (§428 SGB III / 65 Abs.4 SGB II / § 252 Abs. 8 SGB VI)					
		ab 58 Jahren			ab 63 Jahren		
		Insgesamt	SGB III	SGB II	Insgesamt	SGB III	SGB II
		1	2	3	4	5	6
Jahresdurchschnitt 2008	Deutschland	549.711	245.995	303.716	103.622	43.843	59.779
	Westdeutschland	386.434	175.425	211.010	76.581	31.704	44.877
	Ostdeutschland	163.042	70.336	92.706	26.985	12.084	14.902
	01 Schleswig-Holstein	18.072	7.800	10.272	3.710	1.488	2.222
	02 Hamburg	15.222	4.241	10.981	3.730	1.020	2.710
	03 Niedersachsen	47.342	21.790	25.553	9.469	4.154	5.316
	04 Bremen	5.912	1.501	4.411	1.296	277	1.020
	05 Nordrhein-Westfalen	123.596	52.054	71.542	25.149	9.607	15.542
	06 Hessen	32.440	15.099	17.342	6.173	2.477	3.696
	07 Rheinland-Pfalz	21.034	9.661	11.373	3.942	1.653	2.289
	08 Baden-Württemberg	51.201	26.092	25.109	9.779	4.635	5.144
	09 Bayern	64.756	34.924	29.832	12.008	6.007	6.001
	10 Saarland	6.858	2.264	4.595	1.325	387	938
	11 Berlin	35.103	9.246	25.857	7.733	1.785	5.948
	12 Brandenburg	19.789	9.579	10.210	3.097	1.637	1.460
	13 Mecklenburg-Vorpommern	15.573	7.193	8.381	2.514	1.344	1.171
	14 Sachsen	44.168	21.633	22.535	6.999	3.838	3.161
15 Sachsen-Anhalt	27.178	11.852	15.326	3.833	1.877	1.956	
16 Thüringen	21.231	10.834	10.397	2.810	1.603	1.206	
Jahresdurchschnitt 2009	Deutschland	356.246	101.738	254.509	81.292	18.686	62.606
	Westdeutschland	252.433	74.051	178.383	61.262	14.294	46.967
	Ostdeutschland	103.680	27.554	76.126	19.984	4.345	15.639
	01 Schleswig-Holstein	11.821	3.261	8.560	2.881	702	2.178
	02 Hamburg	11.310	2.028	9.281	3.323	557	2.767
	03 Niedersachsen	31.203	9.445	21.758	7.511	1.933	5.579
	04 Bremen	4.406	645	3.761	1.210	136	1.074
	05 Nordrhein-Westfalen	83.305	22.460	60.846	20.642	4.428	16.214
	06 Hessen	21.329	6.186	15.143	5.137	1.041	4.096
	07 Rheinland-Pfalz	13.611	4.058	9.554	3.115	747	2.368
	08 Baden-Württemberg	31.781	10.900	20.882	7.421	2.033	5.388
	09 Bayern	38.913	14.144	24.768	8.941	2.561	6.380
	10 Saarland	4.754	923	3.831	1.080	157	923
	11 Berlin	26.348	3.990	22.358	6.813	762	6.051
	12 Brandenburg	11.993	3.626	8.367	2.030	509	1.521
	13 Mecklenburg-Vorpommern	9.753	3.060	6.693	1.734	548	1.186
	14 Sachsen	26.639	8.363	18.276	4.775	1.391	3.384
15 Sachsen-Anhalt	16.843	4.573	12.270	2.839	650	2.189	
16 Thüringen	12.104	3.941	8.163	1.792	485	1.307	
Jahresdurchschnitt 2010	Deutschland	230.081	32.567	197.514	78.291	8.490	69.801
	Westdeutschland	165.235	24.977	140.258	58.995	6.775	52.221
	Ostdeutschland	64.780	7.524	57.256	19.260	1.680	17.580
	01 Schleswig-Holstein	7.861	1.153	6.708	2.809	364	2.445
	02 Hamburg	8.255	798	7.457	3.350	285	3.064
	03 Niedersachsen	20.643	3.402	17.241	7.197	989	6.209
	04 Bremen	3.319	256	3.063	1.352	81	1.272
	05 Nordrhein-Westfalen	55.472	7.554	47.918	19.854	2.101	17.752
	06 Hessen	13.992	2.132	11.860	5.049	519	4.530
	07 Rheinland-Pfalz	8.819	1.364	7.456	2.955	326	2.629
	08 Baden-Württemberg	19.925	3.679	16.246	6.898	900	5.998
	09 Bayern	23.578	4.284	19.294	8.437	1.136	7.301
	10 Saarland	3.370	355	3.016	1.095	75	1.021
	11 Berlin	19.056	1.351	17.705	6.717	354	6.363
	12 Brandenburg	7.172	964	6.208	1.944	192	1.752
	13 Mecklenburg-Vorpommern	5.759	836	4.924	1.571	202	1.370
	14 Sachsen	15.558	2.107	13.451	4.351	451	3.900
15 Sachsen-Anhalt	10.255	1.273	8.982	2.818	290	2.528	
16 Thüringen	6.979	993	5.986	1.859	192	1.667	

Tabelle 3a (zu Frage 19): Sonderregelung für Ältere im SGB II und SGB III

Zeitraum	Region	Sonderregelungen für Ältere (§428 SGB III / 65 Abs.4 SGB II / § 252 Abs. 8 SGB VI)					
		ab 58 Jahren			ab 63 Jahren		
		Insgesamt	SGB III	SGB II	Insgesamt	SGB III	SGB II
	1	2	3	4	5	6	
Jahresdurchschnitt 2011	Deutschland	163.009	16.743	146.267	79.717	6.374	73.343
	Westdeutschland	117.066	12.904	104.162	59.238	5.144	54.094
	Ostdeutschland	45.909	3.804	42.105	20.457	1.209	19.248
	01 Schleswig-Holstein	5.714	612	5.102	2.975	272	2.704
	02 Hamburg	6.037	392	5.645	3.333	204	3.129
	03 Niedersachsen	14.544	1.845	12.699	7.059	781	6.278
	04 Bremen	2.480	132	2.349	1.400	56	1.344
	05 Nordrhein-Westfalen	39.420	3.838	35.582	19.956	1.569	18.387
	06 Hessen	9.332	1.135	8.197	4.470	442	4.028
	07 Rheinland-Pfalz	6.304	726	5.578	3.065	255	2.809
	08 Baden-Württemberg	14.225	1.902	12.323	7.158	679	6.479
	09 Bayern	16.452	2.108	14.344	8.582	820	7.762
	10 Saarland	2.558	216	2.342	1.241	67	1.174
	11 Berlin	14.482	722	13.760	7.409	285	7.124
	12 Brandenburg	5.027	520	4.507	2.073	156	1.917
	13 Mecklenburg-Vorpommern	4.090	358	3.731	1.768	102	1.666
	14 Sachsen	10.589	1.067	9.522	4.434	321	4.113
15 Sachsen-Anhalt	6.679	611	6.068	2.677	200	2.477	
16 Thüringen	5.042	526	4.516	2.097	145	1.952	
Jahresdurchschnitt 2012	Deutschland	103.044	8.319	94.726	77.065	5.559	71.506
	Westdeutschland	73.310	6.477	66.833	55.735	4.453	51.283
	Ostdeutschland	29.718	1.826	27.893	21.316	1.092	20.224
	01 Schleswig-Holstein	3.767	302	3.465	2.966	223	2.743
	02 Hamburg	4.042	187	3.855	3.258	147	3.112
	03 Niedersachsen	9.567	973	8.595	7.310	701	6.609
	04 Bremen	1.619	65	1.554	1.308	50	1.258
	05 Nordrhein-Westfalen	24.078	1.889	22.188	18.052	1.299	16.753
	06 Hessen	6.084	577	5.508	4.545	388	4.157
	07 Rheinland-Pfalz	4.012	380	3.632	3.023	250	2.773
	08 Baden-Württemberg	8.249	938	7.311	6.031	625	5.405
	09 Bayern	10.291	1.045	9.245	8.044	699	7.345
	10 Saarland	1.602	122	1.480	1.199	71	1.128
	11 Berlin	10.010	374	9.637	7.847	262	7.585
	12 Brandenburg	3.150	255	2.894	2.036	143	1.893
	13 Mecklenburg-Vorpommern	2.581	160	2.422	1.864	101	1.763
	14 Sachsen	6.610	519	6.091	4.470	285	4.185
15 Sachsen-Anhalt	4.273	253	4.019	2.928	153	2.775	
16 Thüringen	3.095	265	2.830	2.171	148	2.022	

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit



Tabelle 3b (zu Frage 19): Sonderregelung für Ältere im SGB II und SGB III

Zeitraum	Region	Sonderregelungen für Ältere (§ 53a Abs. 2 SGB II)	
		ab 58 Jahren	ab 63 Jahren
		1	4
Jahresdurchschnitt 2009	Deutschland	22.936	2.035
	Westdeutschland	16.528	1.716
	Ostdeutschland	6.408	319
	01 Schleswig-Holstein	853	71
	02 Hamburg	660	89
	03 Niedersachsen	1.801	173
	04 Bremen	304	23
	05 Nordrhein-Westfalen	7.523	800
	06 Hessen	659	72
	07 Rheinland-Pfalz	684	61
	08 Baden-Württemberg	1.912	193
	09 Bayern	1.879	220
	10 Saarland	253	14
	11 Berlin	666	71
	12 Brandenburg	781	44
	13 Mecklenburg-Vorpommern	1.026	37
	14 Sachsen	1.607	69
15 Sachsen-Anhalt	1.590	65	
16 Thüringen	739	33	
Jahresdurchschnitt 2010	Deutschland	73.275	5.906
	Westdeutschland	48.371	4.624
	Ostdeutschland	24.905	1.282
	01 Schleswig-Holstein	2.281	196
	02 Hamburg	2.133	217
	03 Niedersachsen	5.627	506
	04 Bremen	1.056	78
	05 Nordrhein-Westfalen	20.598	1.987
	06 Hessen	2.167	281
	07 Rheinland-Pfalz	2.373	202
	08 Baden-Württemberg	5.789	551
	09 Bayern	5.556	559
	10 Saarland	792	48
	11 Berlin	4.235	384
	12 Brandenburg	3.224	185
	13 Mecklenburg-Vorpommern	3.535	127
	14 Sachsen	6.663	274
15 Sachsen-Anhalt	4.682	205	
16 Thüringen	2.566	107	

Tabelle 3b (zu Frage 19): Sonderregelung für Ältere im SGB II und SGB III

Zeitraum	Region	Sonderregelungen für Ältere (§ 53a Abs. 2 SGB II)	
		ab 58 Jahren	ab 63 Jahren
		1	4
Jahresdurchschnitt 2011	Deutschland	114.042	9.794
	Westdeutschland	75.427	7.598
	Ostdeutschland	38.615	2.196
	01 Schleswig-Holstein	3.227	346
	02 Hamburg	3.153	342
	03 Niedersachsen	9.316	771
	04 Bremen	1.526	137
	05 Nordrhein-Westfalen	30.646	2.978
	06 Hessen	5.474	697
	07 Rheinland-Pfalz	3.798	348
	08 Baden-Württemberg	8.596	925
	09 Bayern	8.399	962
	10 Saarland	1.294	92
	11 Berlin	7.211	706
	12 Brandenburg	6.560	347
	13 Mecklenburg-Vorpommern	5.121	241
	14 Sachsen	9.378	449
15 Sachsen-Anhalt	6.980	287	
16 Thüringen	3.365	166	
Jahresdurchschnitt 2012	Deutschland	128.594	12.897
	Westdeutschland	82.912	9.941
	Ostdeutschland	45.681	2.956
	01 Schleswig-Holstein	3.690	451
	02 Hamburg	4.231	483
	03 Niedersachsen	10.359	1.195
	04 Bremen	1.896	208
	05 Nordrhein-Westfalen	32.480	3.670
	06 Hessen	5.382	963
	07 Rheinland-Pfalz	4.365	451
	08 Baden-Württemberg	9.362	1.141
	09 Bayern	9.708	1.242
	10 Saarland	1.440	136
	11 Berlin	8.501	947
	12 Brandenburg	7.023	386
	13 Mecklenburg-Vorpommern	6.591	322
	14 Sachsen	10.712	596
15 Sachsen-Anhalt	8.848	444	
16 Thüringen	4.006	261	

Tabelle 4a (zu Frage 20): Abgang an Arbeitslosen nach ausgewählten Altersgruppen und Abgangsgründen im SGB II

Berichtsjahre	Alter	Abgang ALO					
		Abgang insgesamt	dar.: Spalte 1 in Erwerbstätigkeit	dar.: Spalte 2 in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt	dar.: Spalte 3 durch BA/JC vermittelt	dar.: Spalte 2 in Beschäftigung am 2. Arbeitsmarkt	dar.: Spalte 2 in Sonstige Erwerbstätigkeit
		1	2	3	4	5	6
JS 2012	Insgesamt	4.462.494	1.024.467	731.457	124.133	247.457	45.553
	58 Jahre und älter	248.716	37.063	18.837	3.349	16.205	2.021
	58 Jahre	77.791	13.252	6.329	1.172	6.287	636
	59 Jahre	67.969	9.181	4.737	879	3.976	468
	60 Jahre	40.801	6.306	3.310	578	2.631	365
	61 Jahre	28.308	4.439	2.268	411	1.926	245
	62 Jahre	17.117	2.526	1.380	212	973	173
	63 Jahre	9.289	976	582	76	300	94
	64 Jahre	4.476	376	228	21	*	*
	65 Jahre	2.965	7	3	-	*	*
	66 Jahre	-	-	-	-	-	-
	67 Jahre	-	-	-	-	-	-
	JS 2011	Insgesamt	4.874.349	1.313.442	917.270	165.467	345.897
58 Jahre und älter		243.751	40.384	20.504	3.710	18.408	1.472
58 Jahre		83.720	15.970	7.599	1.479	7.867	504
59 Jahre		72.748	10.615	5.415	1.011	4.833	367
60 Jahre		41.072	6.698	3.476	585	2.996	226
61 Jahre		22.186	4.016	2.189	386	1.672	155
62 Jahre		11.184	1.829	1.099	158	620	110
63 Jahre		6.984	844	495	63	287	62
64 Jahre		5.857	412	231	28	133	48
65 Jahre		-	-	-	-	-	-
66 Jahre		-	-	-	-	-	-
67 Jahre		-	-	-	-	-	-
JS 2010		Insgesamt	5.243.487	1.479.510	904.693	148.398	521.541
	58 Jahre und älter	225.484	37.728	15.172	2.401	21.300	1.256
	58 Jahre	87.608	17.946	6.502	1.083	10.982	462
	59 Jahre	73.089	10.378	4.287	707	5.795	296
	60 Jahre	32.266	4.923	2.206	318	2.499	218
	61 Jahre	13.066	2.249	1.138	166	990	121
	62 Jahre	8.895	1.245	593	82	578	74
	63 Jahre	6.046	738	340	32	341	57
	64 Jahre	*	249	106	13	115	28
	65 Jahre	*	-	-	-	-	-
	66 Jahre	-	-	-	-	-	-
	67 Jahre	-	-	-	-	-	-
	JS 2009	Insgesamt	4.693.547	1.348.222	728.417	102.852	570.673
58 Jahre und älter		181.598	32.011	11.469	1.804	19.551	991
58 Jahre		83.781	17.563	5.730	924	11.433	400
59 Jahre		53.751	7.994	2.939	460	4.824	231
60 Jahre		15.817	2.745	1.234	180	1.392	119
61 Jahre		10.737	1.753	758	121	903	92
62 Jahre		7.694	1.155	482	77	596	77
63 Jahre		*	544	224	33	280	40
64 Jahre		5.273	257	102	9	123	32
65 Jahre		*	-	-	-	-	-
66 Jahre		-	-	-	-	-	-
67 Jahre		-	-	-	-	-	-

Tabelle 4a (zu Frage 20): Abgang an Arbeitslosen nach ausgewählten Altersgruppen und Abgangsgründen im SGB II

Berichtsjahre	Alter	Abgang ALO					
		Abgang insgesamt	dar.: Spalte 1 in Erwerbstätigkeit	dar.: Spalte 2 in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt	dar.: Spalte 3 durch BA/JC vermittelt	dar.: Spalte 2 in Beschäftigung am 2. Arbeitsmarkt	dar.: Spalte 2 in Sonstige Erwerbstätigkeit
		1	2	3	4	5	6
JS 2008	Insgesamt	4.586.099	1.515.697	848.064	121.416	616.642	50.991
	58 Jahre und älter	105.772	22.301	7.984	1.278	13.637	680
	58 Jahre	57.452	14.389	4.532	753	9.564	293
	59 Jahre	16.854	3.610	1.534	245	1.953	123
	60 Jahre	11.096	1.788	816	127	878	94
	61 Jahre	7.410	1.294	566	81	656	72
	62 Jahre	4.440	608	285	48	283	40
	63 Jahre	3.779	401	158	18	205	38
	64 Jahre	4.738	211	93	6	98	20
	65 Jahre	3	-	-	-	-	-
	66 Jahre	-	-	-	-	-	-
	67 Jahre	-	-	-	-	-	-
	JS 2007	Insgesamt	4.564.480	1.523.778	892.668	110.040	575.062
58 Jahre und älter		151.476	14.688	6.062	848	7.956	670
58 Jahre		75.693	7.994	3.000	427	4.741	253
59 Jahre		26.187	3.118	1.370	220	1.608	140
60 Jahre		17.159	1.601	744	102	756	101
61 Jahre		9.120	805	387	39	344	74
62 Jahre		8.210	599	291	25	256	52
63 Jahre		6.945	381	173	22	178	30
64 Jahre		8.156	190	97	13	73	20
65 Jahre		6	-	-	-	-	-
66 Jahre		-	-	-	-	-	-
67 Jahre		-	-	-	-	-	-

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

elektronisch

Tabelle 4b (zu Frage 20): Abgang an Arbeitslosen nach ausgewählten Altersgruppen und Abgangsgründen im SGB II

Berichtsmonat	Alter	Abgang ALO					
		Abgang insgesamt	dar.: Spalte 1 in Erwerbstätigkeit	dar.: Spalte 2 in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt	dar.: Spalte 3 durch BA/JC vermittelt	dar.: Spalte 2 in Beschäftigung am 2. Arbeitsmarkt	dar.: Spalte 2 in Sonstige Erwerbstätigkeit
		1	2	3	4	5	6
Oktober 2013	Insgesamt	404.743	85.453	65.995	10.668	14.266	5.192
	58 Jahre und älter	24.558	3.168	1.879	340	980	309
	58 Jahre	6.727	967	569	113	304	94
	59 Jahre	6.121	766	450	84	240	76
	60 Jahre	4.196	558	347	67	162	49
	61 Jahre	3.029	439	255	42	135	49
	62 Jahre	2.055	260	157	16	80	23
	63 Jahre	1.575	130	70	13	46	14
	64 Jahre	471	*	*	5	*	4
	65 Jahre	384	*	*	-	*	-
	66 Jahre	-	-	-	-	-	-
67 Jahre	-	-	-	-	-	-	
September 2013	Insgesamt	411.237	87.901	66.341	10.435	15.756	5.804
	58 Jahre und älter	23.667	3.437	1.851	312	1.163	423
	58 Jahre	6.604	1.135	570	102	423	142
	59 Jahre	5.906	790	449	73	242	99
	60 Jahre	3.978	592	330	60	195	67
	61 Jahre	2.973	444	259	46	136	49
	62 Jahre	1.985	300	161	19	105	34
	63 Jahre	1.426	120	54	8	49	17
	64 Jahre	473	*	*	4	*	*
	65 Jahre	322	*	*	-	*	*
	66 Jahre	-	-	-	-	-	-
67 Jahre	-	-	-	-	-	-	
August 2013	Insgesamt	386.211	87.863	67.554	11.266	15.915	4.394
	58 Jahre und älter	25.638	3.649	1.968	369	1.390	291
	58 Jahre	6.914	1.246	641	129	512	93
	59 Jahre	6.482	863	469	82	331	63
	60 Jahre	4.515	616	337	68	230	49
	61 Jahre	3.071	457	263	43	156	38
	62 Jahre	2.185	282	145	28	114	23
	63 Jahre	1.560	136	84	*	34	18
	64 Jahre	531	*	*	*	13	*
	65 Jahre	380	*	*	-	-	*
	66 Jahre	-	-	-	-	-	-
67 Jahre	-	-	-	-	-	-	
Juli 2013	Insgesamt	354.083	83.620	63.859	10.269	16.089	3.672
	58 Jahre und älter	23.838	3.408	1.895	302	1.317	196
	58 Jahre	6.523	1.108	607	101	446	55
	59 Jahre	5.958	805	452	87	311	42
	60 Jahre	4.054	605	335	53	224	46
	61 Jahre	2.933	438	231	36	183	24
	62 Jahre	2.019	270	150	10	105	15
	63 Jahre	1.463	124	74	11	40	10
	64 Jahre	524	58	46	4	8	4
	65 Jahre	364	-	-	-	-	-
	66 Jahre	-	-	-	-	-	-
67 Jahre	-	-	-	-	-	-	
Juni 2013	Insgesamt	363.340	83.547	63.478	9.220	16.534	3.535
	58 Jahre und älter	24.288	3.429	1.956	310	1.281	192
	58 Jahre	6.730	1.072	604	105	416	52
	59 Jahre	6.202	844	493	81	305	46
	60 Jahre	4.115	573	328	58	213	32
	61 Jahre	2.977	450	254	41	174	22
	62 Jahre	2.035	290	153	14	115	22
	63 Jahre	1.359	147	87	*	51	9
	64 Jahre	535	*	*	*	7	9
	65 Jahre	335	*	*	-	-	-
	66 Jahre	-	-	-	-	-	-
67 Jahre	-	-	-	-	-	-	
Mai 2013	Insgesamt	380.696	94.400	69.525	10.260	21.337	3.538
	58 Jahre und älter	24.245	4.206	2.219	314	1.782	205
	58 Jahre	6.882	1.338	656	106	637	45
	59 Jahre	6.322	1.051	584	90	417	50
	60 Jahre	4.124	738	412	51	293	33
	61 Jahre	2.927	530	271	31	229	30
	62 Jahre	2.010	348	183	22	142	23
	63 Jahre	1.182	136	74	11	50	12
	64 Jahre	460	62	*	3	*	12
	65 Jahre	338	3	*	-	*	-
	66 Jahre	-	-	-	-	-	-
67 Jahre	-	-	-	-	-	-	

Tabelle 4b (zu Frage 20): Abgang an Arbeitslosen nach ausgewählten Altersgruppen und Abgangsgründen im SGB II

Berichtsmonat	Alter	Abgang ALO					
		Abgang insgesamt	dar.: Spalte 1 in Erwerbstätigkeit	dar.: Spalte 2 in Beschäftigung am 1. Arbeitsmarkt	dar.: Spalte 3 durch BA/JC vermittelt	dar.: Spalte 2 in Beschäftigung am 2. Arbeitsmarkt	dar.: Spalte 2 in Sonstige Erwerbstätigkeit
		1	2	3	4	5	6
April 2013	Insgesamt	358.577	85.170	60.644	8.704	21.200	3.326
	58 Jahre und älter	22.383	3.846	1.828	247	1.841	177
	58 Jahre	6.431	1.274	543	84	680	51
	59 Jahre	5.647	890	441	73	405	44
	60 Jahre	3.845	697	352	44	316	29
	61 Jahre	2.658	481	238	26	220	23
	62 Jahre	1.958	305	146	12	143	16
	63 Jahre	1.143	141	79	8	54	8
	64 Jahre	402	58	29	-	23	6
	65 Jahre	299	-	-	-	-	-
	66 Jahre	-	-	-	-	-	-
67 Jahre	-	-	-	-	-	-	
März 2013	Insgesamt	371.629	74.503	52.594	7.711	18.811	3.098
	58 Jahre und älter	22.863	3.081	1.344	207	1.584	153
	58 Jahre	6.689	1.013	431	63	537	45
	59 Jahre	5.945	709	318	45	361	30
	60 Jahre	3.908	536	248	40	265	23
	61 Jahre	2.660	396	150	31	225	21
	62 Jahre	1.961	272	118	16	135	19
	63 Jahre	1.078	109	54	7	46	9
	64 Jahre	429	43	*	5	*	6
	65 Jahre	193	3	*	-	*	-
	66 Jahre	-	-	-	-	-	-
67 Jahre	-	-	-	-	-	-	
Februar 2013	Insgesamt	361.404	61.227	43.552	6.247	14.591	3.084
	58 Jahre und älter	23.573	2.496	1.130	191	1.214	152
	58 Jahre	6.835	844	368	53	436	40
	59 Jahre	6.108	576	277	57	260	39
	60 Jahre	4.138	406	189	28	187	30
	61 Jahre	2.715	320	137	21	164	19
	62 Jahre	2.011	238	96	21	125	17
	63 Jahre	1.055	82	46	*	*	*
	64 Jahre	431	*	*	*	*	*
	65 Jahre	280	*	*	-	-	-
	66 Jahre	-	-	-	-	-	-
67 Jahre	-	-	-	-	-	-	
Januar 2013	Insgesamt	277.196	51.845	38.849	5.653	10.040	2.956
	58 Jahre und älter	18.359	2.001	1.078	173	795	128
	58 Jahre	5.279	648	346	52	262	40
	59 Jahre	4.799	472	262	42	181	29
	60 Jahre	3.205	349	185	30	146	18
	61 Jahre	2.071	248	132	21	100	16
	62 Jahre	1.599	179	92	17	75	12
	63 Jahre	798	74	44	*	22	8
	64 Jahre	351	*	17	*	9	*
	65 Jahre	257	*	-	-	-	-
	66 Jahre	-	-	-	-	-	-
67 Jahre	-	-	-	-	-	-	

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit

*) Aus Datenschutzgründen und Gründen der statistischen Geheimhaltung werden Zahlenwerte von 1 oder 2 und Daten, aus denen rechnerisch auf einen solchen Zahlenwert geschlossen werden kann, anonymisiert.

Tabelle 5a (zu Frage 21): Bestand an Teilnehmern (insgesamt) in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik	Bestand im Jahresdurchschnitt							
	2013 (Jan.-Juli Durchschnitt)	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
	1	2	3	4	5	6	7	8
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	163.868	145.111	161.988	226.634	255.012	135.786	86.592	115.676
Vermittlungsbudget	x	x	x	x	x	x	x	x
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	163.281	144.399	161.273	223.470	131.871	-	-	-
dar. bei einem Arbeitgeber	11.787	10.627	11.742	14.386	14.186	-	-	-
Vermittlung in soz.-verspfl. Beschäftigung (eingelöste AVGS, bewilligt 1. Rate)	x	x	x	x	x	x	x	x
Probeförderung behinderter Menschen	588	712	716	813	775	405	386	320
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	x	x	x	x	x	x	x	x
eingelöste Vermittlungsgutscheine - bewilligt 1. Rate - (Restabwicklung) ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
Beauftragung Dritter m. Vermittlung	-	-	-	2.255	120.314	122.626	55.032	101.847
Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen	-	-	-	95	2.052	12.755	31.174	13.508
Unterstützung Beratung und Vermittlung	x	x	x	x	x	x	x	x
Mobilitätshilfen	x	x	x	x	x	x	x	x
Berufswahl und Berufsausbildung ²⁾, darunter	206.470	217.006	256.581	272.022	260.496	230.471	232.495	226.998
Berufseinstiegsbegleitung ⁵⁾	39.782	34.502	34.628	23.757	13.595	-	-	-
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	46.805	47.420	55.650	65.075	67.600	67.310	72.616	74.520
Einstiegsqualifizierung	14.558	14.206	17.382	19.753	19.305	18.157	3.564	-
Ausbildungsbegleitende Hilfen ⁴⁾	44.965	42.935	43.041	44.092	42.220	42.566	44.463	47.344
Außerbetriebliche Berufsausbildung	45.077	54.013	67.789	78.292	80.632	79.846	74.163	66.134
Zuschüsse z. Ausbildungsvergütung behinderter u. schwerbehinderter Menschen	8.195	8.674	9.137	9.635	10.128	10.664	11.071	10.521
Zuschuss für Schwerbehinderte im Anschluss an Aus- u. Weiterbildung	105	136	129	130	132	117	89	52
Ausbildungsbonus (Restabwicklung)	6.975	15.076	28.371	29.796	18.227	3.892	-	-
sozialpädagogische Begleitung, Ausbildermanagement	7	44	88	87	463	358	546	520
Übergangshilfen/Aktivierungshilfen	-	-	365	1.356	8.051	4.433	6.166	7.257
Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (Nat.Ausb.pakt)	-	-	-	50	141	3.128	19.817	20.650
Berufliche Weiterbildung, darunter	155.389	147.482	178.225	214.796	264.195	244.344	211.867	204.362
Förderung der beruflichen Weiterbildung	140.642	132.926	161.575	188.782	197.966	154.088	131.714	124.800
allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha	7.283	7.403	8.303	8.360	8.828	1.353	129	78
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	7.045	6.685	7.339	8.794	12.447	8.122	2.925	1.261
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	419	468	1.008	7.160	9.362	59	-	-
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen	-	-	-	1.689	37.977	79.800	76.607	77.628
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen Reha	-	-	-	13	615	922	492	594
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	111.816	191.908	293.937	356.509	358.980	362.604	389.912	421.798
Förderung abhängiger Beschäftigung	86.138	115.359	157.917	202.339	213.926	182.603	152.734	122.251
Eingliederungszuschuss	57.166	70.836	94.847	121.892	136.259	128.129	112.136	85.790
Eingliederungszuschuss für besonders betroffene Schwerbehinderte	9.434	10.929	12.803	13.346	13.269	12.874	10.595	12.079
Einstiegslohn bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	7.035	6.516	7.198	9.255	8.654	10.321	8.526	5.203
Beschäftigungszuschuss (Restabwicklung)	5.588	7.529	16.003	35.072	35.216	11.051	76	-
Entgeltssicherung für Ältere (Restabwicklung)	6.717	16.734	22.809	17.065	13.943	11.712	9.047	4.077
Personal-Service-Agenturen	-	-	53	235	690	1.633	3.612	6.075
Einstellungszuschuss für Neugründungen	-	-	-	4	1.325	4.655	6.113	6.627
Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation)	-	-	-	-	165	382	367	439
Qualifizierungszuschuss für jüngere AN	-	0	63	242	232	224	6	-
Eingliederungsgutscheine (Restabwicklung)	197	2.815	4.142	5.026	3.839	858	-	-
Beschäftigung begl. Eingliederungshilfen	-	-	-	202	334	765	2.257	1.962
Förderung der Selbständigkeit	25.679	76.549	136.020	154.171	145.053	180.001	237.178	299.548
Einstiegslohn bei selbständiger Erwerbstätigkeit	4.480	5.801	8.019	10.640	12.226	15.896	19.977	18.856
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen ⁵⁾	3.558	1.723	-	-	-	-	-	-
Gründungszuschuss	17.641	69.025	128.001	143.531	126.239	123.482	92.175	7.618
Überbrückungsgeld für Selbständige	-	-	-	-	-	-	3.148	63.153
Existenzgründerzuschuss (Ich-AG)	-	-	-	-	6.589	40.624	121.878	209.921
besondere Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen ⁶⁾, darunter	71.484	75.364	78.921	82.947	85.959	90.274	93.476	98.241
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	8.019	7.956	8.707	9.958	11.901	15.217	16.757	20.781
Eignungsabklärung/Berufsfindung	916	913	931	932	1.073	849	698	590
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	34.962	36.895	39.371	41.778	43.046	44.913	47.028	48.422
Einzelfallförderung	886	874	800	441	21	6	6	10
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	23.693	25.628	26.331	27.815	29.348	29.290	28.986	28.439
unterstützte Beschäftigung	3.006	3.099	2.781	2.023	571	-	-	-
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	144.234	165.407	198.007	308.955	338.600	355.224	365.945	379.901
Arbeitsgelegenheiten	109.839	136.935	188.173	306.162	322.386	314.998	322.732	327.628
Förderung von Arbeitsverhältnissen	6.043	1.180	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	28.352	27.106	8.690	-	-	-	-	-
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Restabwicklung)	-	186	1.144	2.793	16.214	39.554	40.545	45.484
Strukturanpassungsmaßnahmen traditionell	-	-	-	-	-	670	1.955	6.086
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	-	-	-	-	-	2	713	703
Sopro Arbeit für Langzeitarbeitslose	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitsgelegenheiten d. Alth-Initiative	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonderprogramm 'Jump Plus'	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	14.893	15.556	18.532	31.638	68.033	153.715	182.518	121.927
Freie Förderung SGB II	14.071	14.848	16.508	19.877	7.933	-	-	-
Erprobung innovativer Ansätze	10	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung SGB III (Restabwicklung)	-	36	215	2.306	10.700	19.907	24.740	24.999
sonstige weitere Leistungen	-	124	1.259	9.317	49.400	133.808	157.778	96.929
EGF Europäischer Globalisierungsfonds	812	549	550	139	-	-	-	-
Deutsch-Sprachförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe der Instrumente	868.154	957.834	1.186.190	1.493.503	1.631.275	1.572.417	1.562.805	1.568.902
nachrichtl. Kommunale Eingliederungsleistungen ³⁾	43.415	44.632	45.671	49.830	39.944	24.589	8.521	3.303

© Bundesagentur für Arbeit

Die regionale Zuordnung der Teilnehmer erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

1) aus technischen Gründen nur bis einschließlich 2010.

Einmalleistung zur Freien Förderung SGB II sowie Einmalleistungen zu den sonstigen weiteren Leistungen.

3) Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - Juni 2013 (Datenstand Sept. 2013) nur ca. 62 % der Träger Daten zum Einsatz der komm. Eingl.-leistungen erfasst.

4) Ab Berichtsmontat August 2012 bis Berichtsmontat November 2012 liegt bei der Kostenträgerschaft SGB II eine starke Übererfassung vor.

5) Aus technischen Gründen werden nicht alle Teilnahmen erfasst. Es ist von einer Untererfassung der Teilnahmen auszugehen.

6) Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

7) Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III, da dazu ab April 2012 statistische Daten nicht mehr vorliegen.

Tabelle 5b (zu Frage 21): Bestand an Teilnehmern in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten - Alter bei Eintritt 58 bis 64 Jahre

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik	Bestand im Jahresdurchschnitt							
	2013 (Jan.-Juli Durchschnitt)	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
	1	2	3	4	5	6	7	8
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	6.560	6.556	7.158	14.147	25.742	10.504	1.207	1.475
Vermittlungsbudget	x	x	x	x	x	x	x	x
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung dar. bei einem Arbeitgeber	6.543	6.543	7.147	14.007	10.851	-	-	-
Vermittlung in soz.-verspfl. Beschäftigung (eingelöste AVGS, bewilligt 1. Rate)	295	261	250	245	185	-	-	-
Probefbeschäftigung behinderter Menschen	x	x	x	x	x	x	x	x
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	17	14	12	15	15	12	9	4
eingelöste Vermittlungsgutscheine - bewilligt 1. Rate - (Restabwicklung) ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
Befauftragung Dritter m. Vermittlung	-	-	-	103	14.525	10.041	581	1.345
Befauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen	-	-	-	23	351	451	618	126
Unterstützung Beratung und Vermittlung	x	x	x	x	x	x	x	x
Mobilitätshilfen	x	x	x	x	x	x	x	x
Berufswahl und Berufsausbildung ²⁾, darunter	3	3	7	10	13	19	77	71
Berufseinstiegsbegleitung ⁵⁾	-	0	1	0	0	-	-	-
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Einstiegsqualifizierung	-	0	0	1	-	-	0	-
Ausbildungsbegleitende Hilfen ⁴⁾	2	2	1	1	0	1	2	2
Außerbetriebliche Berufsausbildung	-	0	0	-	1	0	1	0
Zuschüsse z. Ausbildungsvergütung behinderter u. schwerbehinderter Menschen	-	0	-	-	-	-	-	-
Zuschuss für Schwerbehinderte im Anschluss an Aus- u. Weiterbildung	0	1	-	-	-	-	0	1
Ausbildungsbonus (Restabwicklung)	-	-	-	-	-	-	-	-
sozialpädagogische Begleitung, Ausbildungsmanagement	-	-	-	-	-	-	-	-
Übergangshilfen/Aktivierungshilfen	-	-	5	8	12	17	73	67
Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (Nat.Ausb.pakt)	-	-	-	-	-	-	-	-
Berufliche Weiterbildung, darunter	1.944	1.599	2.094	2.531	3.710	2.525	1.171	658
Förderung der beruflichen Weiterbildung	1.894	1.551	1.980	2.107	2.300	1.206	658	277
allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha	2	3	0	3	2	0	-	0
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	25	29	80	158	261	112	41	15
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	24	17	34	233	310	2	-	-
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen	-	-	-	30	837	1.205	472	365
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen Reha	-	-	-	-	0	0	0	0
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	11.030	19.694	25.690	24.713	21.345	15.404	9.354	8.086
Förderung abhängiger Beschäftigung	9.963	16.863	20.898	20.325	17.764	11.950	5.795	3.369
Eingliederungszuschuss	5.959	9.113	10.969	10.800	10.309	8.315	4.188	2.379
Eingliederungszuschuss für besonders betroffene Schwerbehinderte	1.162	1.283	1.344	1.305	1.127	828	371	364
Einstiegsgehalt bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	226	186	163	152	116	91	55	27
Beschäftigungszuschuss (Restabwicklung)	996	1.398	2.158	3.599	3.049	751	4	-
Entgeltssicherung für Ältere (Restabwicklung)	1.526	3.691	4.642	3.018	2.181	1.686	1.009	388
Personal-Service-Agenturen	-	-	1	3	7	10	15	20
Einstellungszuschuss für Neugründungen	-	-	-	-	22	70	98	74
Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation)	-	-	-	-	2	3	4	4
Qualifizierungszuschuss für jüngere AN	-	0	-	-	-	-	-	-
Eingliederungsgutscheine (Restabwicklung)	93	1.192	1.623	1.445	948	190	-	-
Beschäftigung begl. Eingliederungshilfen	-	-	-	3	5	8	52	115
Förderung der Selbständigkeit	1.068	2.831	4.791	4.388	3.581	3.454	3.559	4.717
Einstiegsgehalt bei selbständiger Erwerbstätigkeit	164	193	242	273	236	239	311	296
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen ⁵⁾	221	102	-	-	-	-	-	-
Gründungszuschuss	682	2.536	4.550	4.115	3.262	2.686	1.555	1.01
Überbrückungsgeld für Selbständige	-	-	-	-	-	-	86	1.416
Existenzgründerzuschuss (Ich-AG)	-	-	-	-	82	529	1.606	2.903
besondere Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen ⁶⁾, darunter	49	48	54	49	53	44	29	26
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	2	1	1	3	1	0	2	2
Eignungsabklärung/Berufsfindung	-	0	-	-	1	0	-	-
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	-	-	-	-	-	-	0	1
Einzelfallförderung	3	2	1	0	-	-	-	-
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	44	46	52	46	51	44	27	23
unterstützte Beschäftigung	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	17.001	16.837	17.367	21.828	20.670	22.154	21.371	16.888
Arbeitsgelegenheiten	13.352	14.214	16.471	21.232	18.769	19.376	18.890	14.465
Förderung von Arbeitsverhältnissen	992	159	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	2.657	2.427	631	-	-	-	-	-
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Restabwicklung)	-	37	265	595	1.901	2.677	2.133	1.674
Strukturanpassungsmaßnahmen traditionell	-	-	-	-	-	101	340	723
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	8	6
Sopro Arbeit für Langzeitarbeitslose	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitsgelegenheiten d. Althi-Initiative	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonderprogramm 'Jump Plus'	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	639	490	419	675	1.298	1.606	1.253	840
Freie Förderung SGB II	456	372	341	455	181	-	-	-
Erprobung innovativer Ansätze	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung SGB III (Restabwicklung)	-	-	-	13	177	276	252	253
sonstige weitere Leistungen	-	4	26	205	940	1.330	1.001	587
EGF Europäischer Globalisierungsfonds	183	114	51	3	-	-	-	-
Deutsch-Sprachförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe der Instrumente	37.227	45.227	52.789	63.952	72.831	52.256	34.462	28.023
nachrichtl. Kommunale Eingliederungsleistungen ³⁾	1.120	1.087	1.029	959	668	326	122	39

© Bundesagentur für Arbeit

Die regionale Zuordnung der Teilnehmer erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

1) aus technischen Gründen nur bis einschließlich 2010.

Einmalleistung zur Freien Förderung SGB II sowie Einmalleistungen zu den sonstigen weiteren Leistungen.

3) Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - Juni 2013 (Datenstand Sept. 2013) nur ca. 62 % der Träger Daten zum Einsatz der komm. Eingl.-leistungen erfasst.

4) Ab Berichtsmonat August 2012 bis Berichtsmonat November 2012 liegt bei der Kostenträgerschaft SGB II eine starke Übererfassung vor.

5) Aus technischen Gründen werden nicht alle Teilnahmen erfasst. Es ist von einer Untererfassung der Teilnahmen auszugehen.

6) Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

7) Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III, da dazu ab April 2012 statistische Daten nicht mehr vorliegen.

Tabelle 5c (zu Frage 21): Bestand an Teilnehmern in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten - Alter bei Eintritt 64 Jahre

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik	Bestand im Jahresdurchschnitt							
	2013 (Jan.-Juli Durchschnitt)	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
	1	2	3	4	5	6	7	8
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	39	36	49	114	354	173	30	41
Vermittlungsbudget	x	x	x	x	x	x	x	x
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung dar. bei einem Arbeitgeber	39	36	49	113	140	-	-	-
Vermittlung in soz.-versplf. Beschäftigung (eingelöste AVGS, bewilligt 1. Rate)	4	2	1	1	1	-	-	-
Probefbeschäftigung behinderter Menschen	x	x	x	x	x	x	x	x
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	-	-	-	0	-	-	-	-
eingelöste Vermittlungsgutscheine - bewilligt 1. Rate - (Restabwicklung) ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
Beauftragung Dritter m. Vermittlung	-	-	-	1	209	162	21	38
Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen	-	-	-	0	4	10	9	2
Unterstützung Beratung und Vermittlung	x	x	x	x	x	x	x	x
Mobilitätshilfen	x	x	x	x	x	x	x	x
Berufswahl und Berufsausbildung ²⁾, darunter	-	0	-	0	-	-	1	-
Berufseinstiegsbegleitung ⁵⁾	-	-	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Einstiegsqualifizierung	-	-	-	0	-	-	-	-
Ausbildungsbegleitende Hilfen ⁴⁾	-	0	-	-	-	-	1	-
Außerbetriebliche Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-
Zuschüsse z. Ausbildungsvergütung behinderter u. schwerbehinderter Menschen	-	-	-	-	-	-	-	-
Zuschuss für Schwerbehinderte im Anschluss an Aus- u. Weiterbildung	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildungsbonus (Restabwicklung)	-	-	-	-	-	-	-	-
sozialpädagogische Begleitung, Ausbildungsmanagement	-	-	-	-	-	-	-	-
Übergangshilfen/Aktivierungshilfen	-	-	-	-	-	-	0	-
Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (Nat.Ausb.pakt)	-	-	-	-	-	-	-	-
Berufliche Weiterbildung, darunter	6	6	13	19	23	20	12	8
Förderung der beruflichen Weiterbildung	6	6	12	13	11	8	5	4
allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha	-	-	-	-	-	-	-	0
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	-	-	1	4	3	3	0	1
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	0	0	0	2	3	-	-	-
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen	-	-	-	0	6	9	7	4
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen Reha	-	-	-	-	-	-	-	-
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	79	120	166	116	113	82	61	57
Förderung abhängiger Beschäftigung	57	79	80	53	65	51	36	19
Eingliederungszuschuss	47	48	41	31	32	33	28	15
Eingliederungszuschuss für besonders betroffene Schwerbehinderte	7	6	3	2	3	4	3	1
Einstiegsgehalt bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	1	0	1	1	1	1	-	0
Beschäftigungszuschuss (Restabwicklung)	1	9	7	6	14	6	0	-
Entgeltversicherung für Ältere (Restabwicklung)	1	8	14	8	7	3	3	2
Personal-Service-Agenturen	-	-	-	-	-	-	0	0
Einstellungszuschuss für Neugründungen	-	-	-	-	0	2	2	-
Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation)	-	-	-	-	-	0	0	-
Qualifizierungszuschuss für jüngere AN	-	-	-	-	-	-	-	-
Eingliederungsgutschein (Restabwicklung)	0	8	15	6	8	2	-	-
Beschäftigung begl. Eingliederungshilfen	-	-	-	-	-	-	1	1
Förderung der Selbständigkeit	22	42	86	63	49	31	25	38
Einstiegsgehalt bei selbständiger Erwerbstätigkeit	4	2	4	3	5	5	7	6
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen ⁵⁾	4	2	-	-	-	-	-	-
Gründungszuschuss	14	38	82	60	43	25	17	1
Überbrückungsgeld für Selbständige	-	-	-	-	-	-	1	28
Existenzgründerzuschuss (Ich-AG)	-	-	-	-	-	-	0	3
besondere Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen ⁶⁾, darunter	1	0	0	-	-	-	-	-
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	-	-	-	-	-	-	-	-
Eignungsabklärung/Berufsfindung	-	-	-	-	-	-	-	-
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Einzelfallförderung	1	0	-	-	-	-	-	-
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	-	-	0	-	-	-	-	-
unterstützte Beschäftigung	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	198	172	184	176	181	105	91	166
Arbeitsgelegenheiten	181	164	182	174	174	87	86	157
Förderung von Arbeitsverhältnissen	11	2	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	6	5	1	-	-	-	-	-
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Restabwicklung)	-	0	2	1	7	18	4	8
Strukturanpassungsmaßnahmen traditionell	-	-	-	-	-	-	0	1
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	0	-
Sopro Arbeit für Langzeitarbeitslose	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitsgelegenheiten d. Alhi-Initiative	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonderprogramm 'Jump Plus'	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	12	4	4	6	10	25	17	17
Freie Förderung SGB II	8	2	3	4	1	-	-	-
Erprobung innovativer Ansätze	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung SGB III (Restabwicklung)	-	-	-	-	2	2	3	1
sonstige weitere Leistungen	-	0	0	2	8	23	14	16
EGF Europäischer Globalisierungsfonds	4	2	1	0	-	-	-	-
Deutsch-Sprachförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe der Instrumente	336	339	416	430	681	404	212	288
nachrichtl. Kommunale Eingliederungsleistungen ³⁾	30	31	19	16	12	6	5	2

© Bundesagentur für Arbeit

Die regionale Zuordnung der Teilnehmer erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

1) aus technischen Gründen nur bis einschließlich 2010.

Einmalleistung zur Freien Förderung SGB II sowie Einmalleistungen zu den sonstigen weiteren Leistungen.

3) Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - Juni 2013 (Datenstand Sept. 2013) nur ca. 62 % der Träger Daten zum Einsatz der komm. Eingl.-leistungen erfasst.

4) Ab Berichtsmont August 2012 bis Berichtsmont November 2012 liegt bei der Kostenträgerschaft SGB II eine starke Übererfassung vor.

5) Aus technischen Gründen werden nicht alle Teilnahmen erfasst. Es ist von einer Untererfassung der Teilnahmen auszugehen.

6) Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

7) Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III, da dazu ab April 2012 statistische Daten nicht mehr vorliegen.

Tabelle 5d (zu Frage 21): Bestand an Teilnehmern in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten - Alter bei Eintritt 63 Jahre

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik	Bestand im Jahresdurchschnitt							
	2013 (Jan.-Juli Durchschnitt)	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
	1	2	3	4	5	6	7	8
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	214	206	277	813	1.542	656	63	71
Vermittlungsbudget	x	x	x	x	x	x	x	x
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	213	206	276	809	608	-	-	-
dar. bei einem Arbeitgeber	8	7	6	5	2	-	-	-
Vermittlung in soz.-verspfl. Beschäftigung (eingelöste AVGS, bewilligt 1. Rate)	x	x	x	x	x	x	x	x
Probeförderung behinderter Menschen	1	0	0	0	-	0	-	-
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	x	x	x	x	x	x	x	x
eingelöste Vermittlungsgutscheine - bewilligt 1. Rate - (Restabwicklung) ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
Beauftragung Dritter m. Vermittlung	-	-	-	3	901	622	34	66
Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen	-	-	-	2	33	33	29	5
Unterstützung Beratung und Vermittlung	x	x	x	x	x	x	x	x
Mobilitätshilfen	x	x	x	x	x	x	x	x
Berufswahl und Berufsausbildung ²⁾, darunter	-	-	-	-	-	1	3	3
Berufseinstiegsbegleitung ⁵⁾	-	-	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Einstiegsqualifizierung	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildungsbegleitende Hilfen ⁴⁾	-	-	-	-	-	-	-	0
Außerbetriebliche Berufsausbildung	-	-	-	-	-	0	1	0
Zuschüsse z. Ausbildungsvergütung behinderter u. schwerbehinderter Menschen	-	-	-	-	-	-	-	-
Zuschuss für Schwerbehinderte im Anschluss an Aus- u. Weiterbildung	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildungsbonus (Restabwicklung)	-	-	-	-	-	-	-	-
sozialpädagogische Begleitung, Ausbildungsmanagement	-	-	-	-	-	-	-	-
Übergangshilfen/Aktivierungshilfen	-	-	-	-	-	0	2	2
Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (Nat.Ausb.pakt)	-	-	-	-	-	-	-	-
Berufliche Weiterbildung, darunter	42	30	45	65	71	65	36	19
Förderung der beruflichen Weiterbildung	40	29	41	52	36	25	20	7
allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	1	1	2	6	5	4	1	-
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	1	0	1	5	9	-	-	-
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen	-	-	-	2	21	36	15	12
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen Reha	-	-	-	-	-	-	-	-
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	371	669	856	682	541	443	249	215
Förderung abhängiger Beschäftigung	319	508	543	453	382	281	128	74
Eingliederungszuschuss	228	306	310	261	225	212	101	58
Eingliederungszuschuss für besonders betroffene Schwerbehinderte	34	29	26	24	18	17	10	4
Einstiegsgehalt bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	5	3	5	5	3	1	1	1
Beschäftigungszuschuss (Restabwicklung)	26	47	51	72	78	21	0	-
Entgeltversicherung für Ältere (Restabwicklung)	25	74	93	52	32	20	14	8
Personal-Service-Agenturen	-	-	-	0	1	0	-	-
Einstellungszuschuss für Neugründungen	-	-	-	-	-	2	1	1
Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation)	-	-	-	-	-	-	-	-
Qualifizierungszuschuss für jüngere AN	-	-	-	-	-	-	-	-
Eingliederungsgutschein (Restabwicklung)	1	49	58	40	26	7	-	-
Beschäftigung begl. Eingliederungshilfen	-	-	-	-	-	0	1	3
Förderung der Selbständigkeit	52	161	312	229	160	163	122	141
Einstiegsgehalt bei selbständiger Erwerbstätigkeit	8	8	16	12	8	18	21	15
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen ⁵⁾	14	6	-	-	-	-	-	-
Gründungszuschuss	30	147	296	217	152	143	85	4
Überbrückungsgeld für Selbständige	-	-	-	-	-	-	4	68
Existenzgründerzuschuss (Ich-AG)	-	-	-	-	-	2	12	54
besondere Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen ⁶⁾, darunter	1	2	1	1	1	0	0	-
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	-	-	-	-	-	-	-	-
Eignungsabklärung/Berufsfindung	-	-	-	-	-	-	-	-
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Einzelfallförderung	1	2	0	-	-	-	-	-
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	-	-	1	1	1	0	0	-
unterstützte Beschäftigung	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	599	423	495	554	434	342	453	507
Arbeitsmöglichkeiten	507	380	486	545	409	300	410	483
Förderung von Arbeitsverhältnissen	47	6	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	45	36	5	-	-	-	-	-
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Restabwicklung)	-	1	4	9	25	42	42	22
Strukturanpassungsmaßnahmen traditionell	-	-	-	-	-	1	0	2
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Sopro Arbeit für Langzeitarbeitslose	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitsmöglichkeiten d. Althi-Initiative	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonderprogramm 'Jump Plus'	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	12	11	12	14	27	47	47	35
Freie Förderung SGB II	10	10	9	10	4	-	-	-
Erprobung innovativer Ansätze	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung SGB III (Restabwicklung)	-	-	-	-	2	7	10	8
sonstige weitere Leistungen	-	0	2	3	22	40	38	26
EGF Europäischer Globalisierungsfonds	1	1	1	0	-	-	-	-
Deutsch-Sprachförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe der Instrumente	1.239	1.340	1.684	2.128	2.617	1.554	852	849
nachrichtl. Kommunale Eingliederungsleistungen ³⁾	72	62	47	37	24	17	9	2

© Bundesagentur für Arbeit

Die regionale Zuordnung der Teilnehmer erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

1) aus technischen Gründen nur bis einschließlich 2010.

Einmalleistung zur Freien Förderung SGB II sowie Einmalleistungen zu den sonstigen weiteren Leistungen.

3) Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - Juni 2013 (Datenstand Sept. 2013) nur ca. 62 % der Träger Daten zum Einsatz der komm. Eingl.-leistungen erfasst.

4) Ab Berichtsmont August 2012 bis Berichtsmont November 2012 liegt bei der Kostenträgerschaft SGB II eine starke Übererfassung vor.

5) Aus technischen Gründen werden nicht alle Teilnahmen erfasst. Es ist von einer Untererfassung der Teilnahmen auszugehen.

6) Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

7) Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III, da dazu ab April 2012 statistische Daten nicht mehr vorliegen.

Tabelle 5d (zu Frage 21): Bestand an Teilnehmern in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten - Alter bei Eintritt 62 Jahre

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik	Bestand im Jahresdurchschnitt							
	2013 (Jan.-Juli Durchschnitt)	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
	1	2	3	4	5	6	7	8
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	493	438	477	1.271	2.432	648	77	99
Vermittlungsbudget	x	x	x	x	x	x	x	x
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	490	438	476	1.263	1.121	-	-	-
dar. bei einem Arbeitgeber	17	16	14	11	8	-	-	-
Vermittlung in soz.-verspf. Beschäftigung (eingelöste AVGS, bewilligt 1. Rate)	x	x	x	x	x	x	x	x
Probefbeschäftigung behinderter Menschen	3	1	1	1	1	1	-	-
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	x	x	x	x	x	x	x	x
eingelöste Vermittlungsgutscheine - bewilligt 1. Rate - (Restabwicklung) ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
Beauftragung Dritter m. Vermittlung	-	-	-	4	1.273	619	45	93
Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen	-	-	-	4	37	28	33	6
Unterstützung Beratung und Vermittlung	x	x	x	x	x	x	x	x
Mobilitätshilfen	x	x	x	x	x	x	x	x
Berufswahl und Berufsausbildung ²⁾, darunter	-	-	0	-	1	1	2	3
Berufseinstiegsbegleitung ⁵⁾	-	-	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Einstiegsqualifizierung	-	-	0	-	-	-	-	-
Ausbildungsbegleitende Hilfen ⁴⁾	-	-	-	-	-	-	-	0
Außerbetriebliche Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-
Zuschüsse z. Ausbildungsvergütung behinderter u. schwerbehinderter Menschen	-	-	-	-	-	-	-	-
Zuschuss für Schwerbehinderte im Anschluss an Aus- u. Weiterbildung	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildungsbonus (Restabwicklung)	-	-	-	-	-	-	-	-
sozialpädagogische Begleitung, Ausbildungsmanagement	-	-	-	-	-	-	-	-
Übergangshilfen/Aktivierungshilfen	-	-	-	-	1	1	2	2
Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (Nat.Ausb.pakt)	-	-	-	-	-	-	-	-
Berufliche Weiterbildung, darunter	100	79	109	118	178	94	43	30
Förderung der beruflichen Weiterbildung	97	76	100	90	96	43	23	9
allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	1	1	7	10	17	5	2	1
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	2	2	2	15	22	0	-	-
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen	-	-	-	3	42	46	18	20
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen Reha	-	-	-	-	-	-	-	-
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	843	1.482	1.767	1.556	1.158	691	530	510
Förderung abhängiger Beschäftigung	747	1.204	1.321	1.157	893	484	283	172
Eingliederungszuschuss	499	698	724	636	559	371	227	134
Eingliederungszuschuss für besonders betroffene Schwerbehinderte	80	86	92	79	57	31	13	7
Einstiegs geld bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	15	12	8	8	4	4	3	1
Beschäftigungszuschuss (Restabwicklung)	48	76	125	215	162	29	0	-
Entgeltssicherung für Ältere (Restabwicklung)	90	207	243	136	66	37	31	17
Personal-Service-Agenturen	-	-	-	-	-	0	1	1
Einstellungszuschuss für Neugründungen	-	-	-	-	2	3	4	5
Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation)	-	-	-	-	-	-	-	-
Qualifizierungszuschuss für jüngere AN	-	-	-	-	-	-	-	-
Eingliederungsgutschein (Restabwicklung)	15	125	129	83	43	7	-	-
Beschäftigung begl. Eingliederungshilfen	-	-	-	-	-	0	4	6
Förderung der Selbständigkeit	96	258	447	399	265	207	247	338
Einstiegs geld bei selbständiger Erwerbstätigkeit	17	19	19	20	17	20	34	27
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen ⁵⁾	22	8	-	-	-	-	-	9
Gründungszuschuss	57	231	428	378	245	166	128	9
Überbrückungsgeld für Selbständige	-	-	-	-	-	-	7	128
Existenzgründerzuschuss (Ich-AG)	-	-	-	-	2	21	78	174
besondere Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen ⁶⁾, darunter	4	2	1	2	2	1	1	2
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	-	-	-	0	-	-	0	-
Eignungsabklärung/Berufsfindung	-	-	-	-	-	-	-	-
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	-	-	-	-	-	-	0	0
Einzelfallförderung	-	-	1	0	-	-	-	-
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	4	2	0	1	2	1	1	2
unterstützte Beschäftigung	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	1.672	1.173	844	1.020	880	732	923	810
Arbeitsmöglichkeiten	1.374	1.024	813	995	812	648	837	741
Förderung von Arbeitsverhältnissen	126	16	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	172	129	16	-	-	-	-	-
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Restabwicklung)	-	4	14	24	68	82	82	63
Struktur Anpassungsmaßnahmen traditionell	-	-	-	-	-	2	4	6
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	0	1
Sopro Arbeit für Langzeitarbeitslose	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitsmöglichkeiten d. Althi-Initiative	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonderprogramm 'Jump Plus'	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	41	27	21	26	54	61	66	45
Freie Förderung SGB II	36	23	15	19	9	-	-	-
Erprobung innovativer Ansätze	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung SGB III (Restabwicklung)	-	-	-	0	11	11	11	13
sonstige weitere Leistungen	-	-	3	7	34	50	55	32
EGF Europäischer Globalisierungsfonds	4	5	4	0	-	-	-	-
Deutsch-Sprachförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe der Instrumente	3.152	3.180	3.219	3.992	4.703	2.226	1.643	1.499
nachrichtl. Kommunale Eingliederungsleistungen ³⁾	98	89	68	66	55	30	9	2

© Bundesagentur für Arbeit

Die regionale Zuordnung der Teilnehmer erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

1) aus technischen Gründen nur bis einschließlich 2010.

Einmalleistung zur Freien Förderung SGB II sowie Einmalleistungen zu den sonstigen weiteren Leistungen.

3) Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - Juni 2013 (Datenstand Sept. 2013) nur ca. 62 % der Träger Daten zum Einsatz der komm. Eingl.-leistungen erfasst.

4) Ab Berichtsmonat August 2012 bis Berichtsmonat November 2012 liegt bei der Kostenträgerschaft SGB II eine starke Übererfassung vor.

5) Aus technischen Gründen werden nicht alle Teilnahmen erfasst. Es ist von einer Untererfassung der Teilnahmen auszugehen.

6) Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

7) Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III, da dazu ab April 2012 statistische Daten nicht mehr vorliegen.

Tabelle 5f (zu Frage 21): Bestand an Teilnehmern in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten - Alter bei Eintritt 61 Jahre

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik	Bestand im Jahresdurchschnitt							
	2013 (Jan.-Juli Durchschnitt)	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
	1	2	3	4	5	6	7	8
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	866	887	916	2.030	3.677	1.205	85	134
Vermittlungsbudget	x	x	x	x	x	x	x	x
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	862	886	915	2.019	1.621	-	-	-
dar. bei einem Arbeitgeber	35	33	28	24	16	-	-	-
Vermittlung in soz.-verspf. Beschäftigung (eingelöste AVGS, bewilligt 1. Rate)	x	x	x	x	x	x	x	x
Probefbeschäftigung behinderter Menschen	4	1	1	1	1	1	1	1
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	x	x	x	x	x	x	x	x
eingelöste Vermittlungsgutscheine - bewilligt 1. Rate - (Restabwicklung) ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
Beauftragung Dritter m. Vermittlung	-	-	-	6	1.993	1.155	42	124
Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen	-	-	-	4	63	50	42	9
Unterstützung Beratung und Vermittlung	x	x	x	x	x	x	x	x
Mobilitätshilfen	x	x	x	x	x	x	x	x
Berufswahl und Berufsausbildung ²⁾, darunter	0	0	1	0	0	1	8	7
Berufseinstiegsbegleitung ⁵⁾	-	0	1	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Einstiegsqualifizierung	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildungsbegleitende Hilfen ⁴⁾	0	-	-	0	0	0	1	1
Außerbetriebliche Berufsausbildung	-	-	-	-	-	-	-	-
Zuschüsse z. Ausbildungsvergütung behinderter u. schwerbehinderter Menschen	-	-	-	-	-	-	-	-
Zuschuss für Schwerbehinderte im Anschluss an Aus- u. Weiterbildung	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildungsbonus (Restabwicklung)	-	-	-	-	-	-	-	-
sozialpädagogische Begleitung, Ausbildungsmanagement	-	-	-	-	-	-	-	-
Übergangshilfen/Aktivierungshilfen	-	-	-	-	-	0	8	6
Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (Nat.Ausb.pakt)	-	-	-	-	-	-	-	-
Berufliche Weiterbildung, darunter	227	173	216	230	321	202	64	47
Förderung der beruflichen Weiterbildung	222	167	204	189	190	86	35	21
allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha	-	1	-	1	0	-	-	-
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	1	4	7	14	29	12	2	1
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	4	3	5	24	32	0	-	-
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen	-	-	-	2	69	103	27	26
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen Reha	-	-	-	-	-	-	0	-
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	1.498	2.723	3.329	2.834	2.254	1.400	776	866
Förderung abhängiger Beschäftigung	1.352	2.286	2.621	2.250	1.837	1.039	408	300
Eingliederungszuschuss	864	1.247	1.351	1.193	1.051	735	308	211
Eingliederungszuschuss für besonders betroffene Schwerbehinderte	143	149	150	127	96	81	27	28
Einstiegs geld bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	27	18	13	10	10	8	5	4
Beschäftigungszuschuss (Restabwicklung)	118	196	289	473	400	79	1	-
Entgeltssicherung für Ältere (Restabwicklung)	180	465	542	268	170	105	50	29
Personal-Service-Agenturen	-	-	-	-	0	0	2	0
Einstellungszuschuss für Neugründungen	-	-	-	-	2	6	6	8
Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation)	-	-	-	-	-	-	-	0
Qualifizierungszuschuss für jüngere AN	-	-	-	-	-	-	-	-
Eingliederungsgutschein (Restabwicklung)	20	213	277	178	106	22	-	-
Beschäftigung begl. Eingliederungshilfen	-	-	-	1	2	3	9	20
Förderung der Selbständigkeit	145	436	708	584	417	362	369	565
Einstiegs geld bei selbständiger Erwerbstätigkeit	20	25	27	33	31	25	29	44
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen ⁵⁾	32	13	-	-	-	-	-	-
Gründungszuschuss	93	398	680	551	380	289	150	12
Überbrückungsgeld für Selbständige	-	-	-	-	-	-	11	178
Existenzgründerzuschuss (Ich-AG)	-	-	-	-	7	48	178	331
besondere Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen ⁶⁾, darunter	4	1	2	2	4	3	2	2
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	1	-	1	1	-	-	-	-
Eignungsabklärung/Berufsfindung	-	-	-	-	-	-	-	-
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Einzelfallförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	3	1	2	0	4	3	2	2
unterstützte Beschäftigung	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	2.583	2.414	1.731	1.628	1.561	1.482	1.464	1.374
Arbeitsmöglichkeiten	2.030	2.056	1.632	1.568	1.419	1.337	1.340	1.221
Förderung von Arbeitsverhältnissen	164	24	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	390	326	68	-	-	-	-	-
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Restabwicklung)	-	8	31	61	142	143	114	121
Struktur Anpassungsmaßnahmen traditionell	-	-	-	-	-	2	9	31
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	0	0
Sopro Arbeit für Langzeitarbeitslose	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitsmöglichkeiten d. Althi-Initiative	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonderprogramm 'Jump Plus'	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	61	50	39	51	94	121	81	75
Freie Förderung SGB II	53	42	27	30	12	-	-	-
Erprobung innovativer Ansätze	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung SGB III (Restabwicklung)	-	-	-	1	16	24	20	26
sonstige weitere Leistungen	-	-	2	19	66	97	62	49
EGF Europäischer Globalisierungsfonds	7	8	10	0	-	-	-	-
Deutsch-Sprachförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe der Instrumente	5.238	6.248	6.233	6.775	7.911	4.414	2.480	2.505
nachrichtl. Kommunale Eingliederungsleistungen ³⁾	145	133	123	98	54	28	13	7

© Bundesagentur für Arbeit

Die regionale Zuordnung der Teilnehmer erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

1) aus technischen Gründen nur bis einschließlich 2010.

Einmalleistung zur Freien Förderung SGB II sowie Einmalleistungen zu den sonstigen weiteren Leistungen.

3) Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - Juni 2013 (Datenstand Sept. 2013) nur ca. 62 % der Träger Daten zum Einsatz der komm. Eingl.-leistungen erfasst.

4) Ab Berichtsmonat August 2012 bis Berichtsmonat November 2012 liegt bei der Kostenträgerschaft SGB II eine starke Übererfassung vor.

5) Aus technischen Gründen werden nicht alle Teilnahmen erfasst. Es ist von einer Untererfassung der Teilnahmen auszugehen.

6) Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

7) Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III, da dazu ab April 2012 statistische Daten nicht mehr vorliegen.

Tabelle 5g (zu Frage 21): Bestand an Teilnehmern in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten - Alter bei Eintritt 60 Jahre

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik	Bestand im Jahresdurchschnitt							
	2013 (Jan.-Juli Durchschnitt)	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
	1	2	3	4	5	6	7	8
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	1.193	1.202	1.278	2.479	4.170	1.448	163	156
Vermittlungsbudget	x	x	x	x	x	x	x	x
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung dar. bei einem Arbeitgeber	1.190	1.200	1.277	2.461	1.858	-	-	-
Vermittlung in soz.-verspf. Beschäftigung (eingelöste AVGS, bewilligt 1. Rate)	55	49	47	39	27	-	-	-
Probefbeschäftigung behinderter Menschen	x	x	x	x	x	x	x	x
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	2	3	2	1	2	2	1	1
eingelöste Vermittlungsgutscheine - bewilligt 1. Rate - (Restabwicklung) ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
Beauftragung Dritter m. Vermittlung	x	-	-	13	2.259	1.376	72	140
Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen	x	-	-	5	51	71	91	15
Unterstützung Beratung und Vermittlung	x	x	x	x	x	x	x	x
Mobilitätshilfen	x	x	x	x	x	x	x	x
Berufswahl und Berufsausbildung ²⁾, darunter	-	0	1	0	0	0	10	10
Berufseinstiegsbegleitung ⁵⁾	-	-	-	0	0	-	-	-
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Einstiegsqualifizierung	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildungsbegleitende Hilfen ⁴⁾	-	0	0	-	-	0	0	0
Außerbetriebliche Berufsausbildung	-	0	-	-	-	-	-	-
Zuschüsse z. Ausbildungsvergütung behinderter u. schwerbehinderter Menschen	-	-	-	-	-	-	-	-
Zuschuss für Schwerbehinderte im Anschluss an Aus- u. Weiterbildung	-	-	-	-	-	-	-	-
Ausbildungsbonus (Restabwicklung)	-	-	-	-	-	-	-	-
sozialpädagogische Begleitung, Ausbildungsmanagement	-	-	-	-	-	-	-	-
Übergangshilfen/Aktivierungshilfen	-	-	0	-	-	0	10	10
Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (Nat.Ausb.pakt)	-	-	-	-	-	-	-	-
Berufliche Weiterbildung, darunter	350	268	343	395	522	313	140	69
Förderung der beruflichen Weiterbildung	343	263	325	316	319	154	74	26
allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha	1	1	0	0	0	-	-	-
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	3	3	14	30	42	17	7	3
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	3	2	4	46	53	0	-	-
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen	-	-	-	3	108	141	59	39
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen Reha	-	-	-	-	-	-	-	0
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	2.226	3.914	4.931	4.306	3.493	2.490	1.394	1.165
Förderung abhängiger Beschäftigung	2.033	3.373	4.028	3.513	2.871	1.936	818	410
Eingliederungszuschuss	1.188	1.763	2.104	1.904	1.730	1.388	604	291
Eingliederungszuschuss für besonders betroffene Schwerbehinderte	254	268	239	215	194	125	46	47
Einstiegsgehalt bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	43	38	27	18	15	14	8	3
Beschäftigungszuschuss (Restabwicklung)	211	295	365	491	395	97	0	-
Entgeltssicherung für Ältere (Restabwicklung)	318	741	937	592	360	268	135	40
Personal-Service-Agenturen	-	-	0	0	1	2	3	2
Einstellungszuschuss für Neugründungen	-	-	-	-	3	9	15	10
Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation)	-	-	-	-	0	1	-	-
Qualifizierungszuschuss für jüngere AN	-	-	-	-	-	-	-	-
Eingliederungsgutschein (Restabwicklung)	18	269	356	294	172	32	-	-
Beschäftigung begl. Eingliederungshilfen	-	-	-	-	-	1	8	18
Förderung der Selbständigkeit	193	540	903	792	623	554	576	755
Einstiegsgehalt bei selbständiger Erwerbstätigkeit	31	35	44	40	29	34	44	47
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen ⁵⁾	39	20	-	-	-	-	-	-
Gründungszuschuss	123	486	859	752	586	458	250	13
Überbrückungsgeld für Selbständige	-	-	-	-	-	-	11	190
Existenzgründerzuschuss (Ich-AG)	-	-	-	-	8	61	271	505
besondere Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen ⁶⁾, darunter	8	7	9	7	7	7	3	2
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	-	-	-	0	-	-	-	-
Eignungsabklärung/Berufsfindung	-	-	-	-	-	-	-	-
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	-	-	-	-	-	-	-	0
Einzelfallförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	8	7	9	6	7	7	3	1
unterstützte Beschäftigung	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	3.265	3.340	3.297	2.896	2.003	2.173	2.140	1.689
Arbeitsmöglichkeiten	2.536	2.817	3.144	2.822	1.792	1.889	1.866	1.440
Förderung von Arbeitsverhältnissen	202	32	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	528	486	120	-	-	-	-	-
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Restabwicklung)	-	5	33	74	211	273	236	155
Strukturanpassungsmaßnahmen traditionell	-	-	-	-	-	11	38	94
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	0	0
Sopro Arbeit für Langzeitarbeitslose	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitsmöglichkeiten d. Alth-Initiative	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonderprogramm 'Jump Plus'	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	148	104	61	71	138	176	143	85
Freie Förderung SGB II	82	66	49	45	17	-	-	-
Erprobung innovativer Ansätze	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung SGB III (Restabwicklung)	-	-	-	4	29	37	27	24
sonstige weitere Leistungen	-	0	2	22	91	139	116	61
EGF Europäischer Globalisierungsfonds	66	37	10	1	-	-	-	-
Deutsch-Sprachförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe der Instrumente	7.190	8.835	9.919	10.153	10.332	6.607	3.993	3.174
nachrichtl. Kommunale Eingliederungsleistungen ³⁾	187	184	173	137	96	41	21	6

© Bundesagentur für Arbeit

Die regionale Zuordnung der Teilnehmer erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

1) aus technischen Gründen nur bis einschließlich 2010.

2) Einmalleistung zur Freien Förderung SGB II sowie Einmalleistungen zu den sonstigen weiteren Leistungen.

3) Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - Juni 2013 (Datenstand Sept. 2013) nur ca. 62 % der Träger Daten zum Einsatz der komm. Eingl.-leistungen erfasst.

4) Ab Berichtsmont August 2012 bis Berichtsmont November 2012 liegt bei der Kostenträgerschaft SGB II eine starke Übererfassung vor.

5) Aus technischen Gründen werden nicht alle Teilnahmen erfasst. Es ist von einer Untererfassung der Teilnahmen auszugehen.

6) Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

7) Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III, da dazu ab April 2012 statistische Daten nicht mehr vorliegen.

Tabelle 5h (zu Frage 21): Bestand an Teilnehmern in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten - Alter bei Eintritt 59 Jahre

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik	Bestand im Jahresdurchschnitt							
	2013 (Jan.-Juli Durchschnitt)	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
	1	2	3	4	5	6	7	8
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	1.682	1.678	1.744	3.279	5.312	1.900	266	323
Vermittlungsbudget	x	x	x	x	x	x	x	x
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung dar. bei einem Arbeitgeber	1.678	1.674	1.740	3.244	2.433	-	-	-
Vermittlung in soz.-verspl. Beschäftigung (eingelöste AVGS, bewilligt 1. Rate)	75	65	63	68	48	-	-	-
Probeförderung behinderter Menschen	x	x	x	x	x	x	x	x
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	4	4	4	4	3	3	3	1
eingelöste Vermittlungsgutscheine - bewilligt 1. Rate - (Restabwicklung) ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
Beauftragung Dritter m. Vermittlung	-	-	-	27	2.809	1.807	121	298
Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen	-	-	-	3	67	91	142	24
Unterstützung Beratung und Vermittlung	x	x	x	x	x	x	x	x
Mobilitätshilfen	x	x	x	x	x	x	x	x
Berufswahl und Berufsausbildung ²⁾, darunter	2	2	2	3	5	7	21	21
Berufseinstiegsbegleitung ⁵⁾	-	-	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Einstiegsqualifizierung	-	0	0	-	-	-	0	-
Ausbildungsbegleitende Hilfen ⁴⁾	2	1	1	1	-	0	0	1
Außerbetriebliche Berufsausbildung	-	-	0	-	1	-	-	-
Zuschüsse z. Ausbildungsvergütung behinderter u. schwerbehinderter Menschen	-	-	-	-	-	-	-	-
Zuschuss für Schwerbehinderte im Anschluss an Aus- u. Weiterbildung	0	1	-	-	-	-	0	1
Ausbildungsbonus (Restabwicklung)	-	-	-	-	-	-	-	-
sozialpädagogische Begleitung, Ausbildungsmanagement	-	-	-	-	-	-	-	-
Übergangshilfen/Aktivierungshilfen	-	-	1	3	4	7	20	19
Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (Nat.Ausb.pakt)	-	-	-	-	-	-	-	-
Berufliche Weiterbildung, darunter	505	443	564	659	948	555	271	159
Förderung der beruflichen Weiterbildung	494	429	531	554	601	281	151	67
allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha	1	1	0	0	0	-	-	-
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	3	8	22	40	68	30	11	4
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	6	6	10	59	86	1	-	-
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen	-	-	-	6	194	243	109	88
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen Reha	-	-	-	-	-	-	-	0
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	2.753	4.847	6.312	6.234	5.273	3.752	2.251	1.864
Förderung abhängiger Beschäftigung	2.508	4.247	5.327	5.253	4.428	2.965	1.455	828
Eingliederungszuschuss	1.470	2.274	2.784	2.825	2.643	2.081	1.034	577
Eingliederungszuschuss für besonders betroffene Schwerbehinderte	288	326	348	325	270	187	90	84
Einstiegsgehalt bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	60	53	42	44	25	20	12	7
Beschäftigungszuschuss (Restabwicklung)	260	345	569	869	618	145	1	-
Entgeltversicherung für Ältere (Restabwicklung)	411	993	1.243	818	624	461	281	113
Personal-Service-Agenturen	-	-	0	0	3	3	3	5
Einstellungszuschuss für Neugründungen	-	-	-	-	6	22	26	18
Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation)	-	-	-	-	-	-	-	1
Qualifizierungszuschuss für jüngere AN	-	-	-	-	-	-	-	-
Eingliederungsgutschein (Restabwicklung)	19	256	341	371	239	46	-	-
Beschäftigung begl. Eingliederungshilfen	-	-	-	-	0	1	9	24
Förderung der Selbständigkeit	245	599	984	981	846	786	797	1.036
Einstiegsgehalt bei selbständiger Erwerbstätigkeit	40	46	55	77	51	48	64	51
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen ⁵⁾	52	22	-	-	-	-	-	-
Gründungszuschuss	153	531	929	904	774	624	357	25
Überbrückungsgeld für Selbständige	-	-	-	-	-	-	21	312
Existenzgründerzuschuss (Ich-AG)	-	-	-	-	20	115	355	648
besondere Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen ⁶⁾, darunter	11	16	17	15	15	11	9	6
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	-	1	0	-	-	-	1	1
Eignungsabklärung/Berufsfindung	-	-	-	-	0	-	-	-
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Einzelfallförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	11	15	17	15	15	11	8	5
unterstützte Beschäftigung	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	3.988	4.179	4.756	6.433	4.606	4.307	4.245	3.378
Arbeitsgelegenheiten	3.065	3.474	4.511	6.268	4.141	3.655	3.631	2.779
Förderung von Arbeitsverhältnissen	208	39	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	714	656	175	-	-	-	-	-
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Restabwicklung)	-	11	70	165	465	622	517	403
Strukturanpassungsmaßnahmen traditionell	-	-	-	-	-	30	94	194
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	3	2
Sopro Arbeit für Langzeitarbeitslose	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitsgelegenheiten d. Alhi-Initiative	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonderprogramm 'Jump Plus'	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	181	135	113	177	292	326	291	190
Freie Förderung SGB II	121	98	94	126	50	-	-	-
Erprobung innovativer Ansätze	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung SGB III (Restabwicklung)	-	-	-	3	42	78	69	65
sonstige weitere Leistungen	-	1	3	48	200	248	222	125
EGF Europäischer Globalisierungsfonds	60	36	16	0	-	-	-	-
Deutsch-Sprachförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe der Instrumente	9.122	11.299	13.506	16.799	16.450	10.858	7.354	5.941
nachrichtl. Kommunale Eingliederungsleistungen ³⁾	270	256	266	261	154	79	25	5

© Bundesagentur für Arbeit

Die regionale Zuordnung der Teilnehmer erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

1) aus technischen Gründen nur bis einschließlich 2010.

Einmalleistung zur Freien Förderung SGB II sowie Einmalleistungen zu den sonstigen weiteren Leistungen.

3) Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - Juni 2013 (Datenstand Sept. 2013) nur ca. 62 % der Träger Daten zum Einsatz der komm. Eingl.-leistungen erfasst.

4) Ab Berichtsmont August 2012 bis Berichtsmont November 2012 liegt bei der Kostenträgerschaft SGB II eine starke Untererfassung vor.

5) Aus technischen Gründen werden nicht alle Teilnahmen erfasst. Es ist von einer Untererfassung der Teilnahmen auszugehen.

6) Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

7) Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III, da dazu ab April 2012 statistische Daten nicht mehr vorliegen.

Tabelle 5i (zu Frage 21): Bestand an Teilnehmern in ausgewählten arbeitsmarktpolitischen Instrumenten - Alter bei Eintritt 58 Jahre

Instrumente der Arbeitsmarktpolitik	Bestand im Jahresdurchschnitt							
	2013 (Jan.-Juli Durchschnitt)	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006
	1	2	3	4	5	6	7	8
Aktivierung und berufliche Eingliederung, darunter	2.074	2.108	2.418	4.161	8.255	4.475	523	651
Vermittlungsbudget	x	x	x	x	x	x	x	x
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung dar. bei einem Arbeitgeber	2.070	2.104	2.414	4.099	3.070	-	-	-
Vermittlung in soz.-verspfl. Beschäftigung (eingelöste AVGS, bewilligt 1. Rate)	101	90	90	96	83	-	-	-
Probefbeschäftigung behinderter Menschen	x	x	x	x	x	x	x	x
Arbeitshilfen für behinderte Menschen	4	5	4	7	9	6	4	2
eingelöste Vermittlungsgutscheine - bewilligt 1. Rate - (Restabwicklung) ¹⁾	x	x	x	x	x	x	x	x
Beauftragung Dritter m. Vermittlung	-	-	-	50	5.082	4.300	246	586
Beauftragung von Trägern mit Eingliederungsmaßnahmen	-	-	-	6	95	169	273	63
Unterstützung Beratung und Vermittlung	x	x	x	x	x	x	x	x
Mobilitätshilfen	x	x	x	x	x	x	x	x
Berufswahl und Berufsausbildung ²⁾, darunter	0	1	4	6	7	9	32	28
Berufseinstiegsbegleitung ⁵⁾	-	-	-	-	-	-	-	-
Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	-	-
Einstiegsqualifizierung	-	-	-	0	-	-	-	-
Ausbildungsbegleitende Hilfen ⁴⁾	0	1	-	-	0	1	1	-
Außerbetriebliche Berufsausbildung	-	0	-	-	0	-	0	-
Zuschüsse z. Ausbildungsvergütung behinderter u. schwerbehinderter Menschen	-	0	-	-	-	-	-	-
Zuschuss für Schwerbehinderte im Anschluss an Aus- u. Weiterbildung	-	-	-	-	-	-	-	1
Ausbildungsbonus (Restabwicklung)	-	-	-	-	-	-	-	-
sozialpädagogische Begleitung, Ausbildungsmanagement	-	-	-	-	-	-	-	-
Übergangshilfen/Aktivierungshilfen	-	-	4	6	6	9	31	28
Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (Nat.Ausb.pakt)	-	-	-	-	-	-	-	-
Berufliche Weiterbildung, darunter	714	600	804	1.046	1.649	1.276	605	327
Förderung der beruflichen Weiterbildung	691	582	766	894	1.049	608	349	144
allgemeine Maßnahmen zur Weiterbildung Reha	0	1	0	2	1	0	-	-
Arbeitsentgeltzuschuss zur beruflichen Weiterbildung Beschäftigter	14	13	27	54	97	40	19	6
ESF-Qualifizierung während Kurzarbeit	8	4	12	82	106	1	-	-
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen	-	-	-	14	396	627	237	177
Eignungsfeststellung / Trainingsmaßnahmen Reha	-	-	-	-	0	0	-	-
Aufnahme einer Erwerbstätigkeit, darunter	3.261	5.980	8.330	8.985	8.512	6.547	4.092	3.410
Förderung abhängiger Beschäftigung	2.946	5.165	6.978	7.644	7.289	5.195	2.668	1.567
Eingliederungszuschuss	1.664	2.778	3.656	3.950	4.069	3.493	1.886	1.094
Eingliederungszuschuss für besonders betroffene Schwerbehinderte	355	420	485	534	488	384	185	194
Einstiegsgehalt bei abhängiger sv-pflichtiger Erwerbstätigkeit	75	63	67	66	59	43	26	12
Beschäftigungszuschuss (Restabwicklung)	332	429	753	1.472	1.381	375	2	-
Entgeltversicherung für Ältere (Restabwicklung)	501	1.204	1.570	1.143	922	790	496	179
Personal-Service-Agenturen	-	-	0	2	3	4	7	11
Einstellungszuschuss für Neugründungen	-	-	-	-	9	27	45	33
Einstellungszuschuss bei Vertretung (Job-Rotation)	-	-	-	-	1	2	4	2
Qualifizierungszuschuss für jüngere AN	-	0	-	-	-	-	-	-
Eingliederungsgutschein (Restabwicklung)	20	273	447	475	354	73	-	-
Beschäftigung begl. Eingliederungshilfen	-	-	-	2	3	4	19	43
Förderung der Selbständigkeit	315	795	1.352	1.341	1.222	1.352	1.424	1.843
Einstiegsgehalt bei selbständiger Erwerbstätigkeit	44	59	76	88	95	88	113	105
Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen ⁵⁾	59	30	-	-	-	-	-	-
Gründungszuschuss	212	705	1.276	1.253	1.082	981	567	37
Überbrückungsgeld für Selbständige	-	-	-	-	-	-	31	511
Existenzgründerzuschuss (Ich-AG)	-	-	-	-	45	282	712	1.190
besondere Maßnahmen zur Teilhabe behinderter Menschen ⁶⁾, darunter	21	20	23	24	24	22	15	14
besondere Maßnahmen zur Weiterbildung	2	-	-	1	1	0	0	1
Eignungsabklärung/Berufsfindung	-	0	-	-	0	0	-	-
besondere Maßnahmen zur Ausbildungsförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Einzelfallförderung	1	0	0	-	-	-	-	-
individuelle rehaspezifische Maßnahmen	18	20	23	22	23	22	14	13
unterstützte Beschäftigung	-	-	-	-	-	-	-	-
Beschäftigung schaffende Maßnahmen, darunter	4.695	5.137	6.061	9.122	11.006	13.013	12.056	8.943
Arbeitsgelegenheiten	3.660	4.299	5.704	8.860	10.023	11.460	10.719	7.643
Förderung von Arbeitsverhältnissen	233	40	-	-	-	-	-	-
Beschäftigungsphase Bürgerarbeit	802	789	246	-	-	-	-	-
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (Restabwicklung)	-	9	112	262	983	1.497	1.137	902
Strukturanpassungsmaßnahmen traditionell	-	-	-	-	-	55	196	396
Beschäftigung schaffende Infrastrukturmaßnahmen	-	-	-	-	-	-	4	2
Sopro Arbeit für Langzeitarbeitslose	-	-	-	-	-	-	-	-
Arbeitsgelegenheiten d. Althi-Initiative	-	-	-	-	-	-	-	-
Sonderprogramm 'Jump Plus'	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung / Sonstige Förderung, darunter	185	159	170	332	683	851	607	393
Freie Förderung SGB II	145	132	146	222	88	-	-	-
Erprobung innovativer Ansätze	-	-	-	-	-	-	-	-
Freie Förderung SGB III (Restabwicklung)	-	-	-	4	75	118	113	116
sonstige weitere Leistungen	-	3	14	105	520	734	495	277
EGF Europäischer Globalisierungsfonds	41	25	11	1	-	-	-	-
Deutsch-Sprachförderung	-	-	-	-	-	-	-	-
Summe der Instrumente	10.950	13.985	17.811	23.675	30.136	26.193	17.930	13.766
nachrichtl. Kommunale Eingliederungsleistungen ³⁾	318	333	333	344	273	124	40	16

© Bundesagentur für Arbeit

Die regionale Zuordnung der Teilnehmer erfolgt nach dem Wohnortprinzip; der Deutschland-Wert umfasst auch die ausländischen Wohnorte.

1) aus technischen Gründen nur bis einschließlich 2010.

Einmalleistung zur Freien Förderung SGB II sowie Einmalleistungen zu den sonstigen weiteren Leistungen.

3) Es ist von einer Untererfassung auszugehen, so haben bundesweit für Januar - Juni 2013 (Datenstand Sept. 2013) nur ca. 62 % der Träger Daten zum Einsatz der komm. Eingl.-leistungen erfasst.

4) Ab Berichtsmonat August 2012 bis Berichtsmonat November 2012 liegt bei der Kostenträgerschaft SGB II eine starke Übererfassung vor.

5) Aus technischen Gründen werden nicht alle Teilnahmen erfasst. Es ist von einer Untererfassung der Teilnahmen auszugehen.

6) Zum gesamten Umfang der Förderung der Teilhabe behinderter Menschen am Arbeitsleben sind Erläuterungen in den methodischen Hinweisen enthalten.

7) Ohne Ergebnisse zu Teilnahmen an Berufsorientierungsmaßnahmen nach § 48 SGB III, da dazu ab April 2012 statistische Daten nicht mehr vorliegen.

Tabelle 6: Abgang erwerbsfähiger Leistungsberechtigter (eLb) nach Alter

	Juli 2008	Juli 2009	Juli 2010	Juli 2011	Juli 2012	Juli 2013
	1	2	3	4	5	6
63 Jahre	798	873	1.106	1.258	1.686	2.338
64 Jahre	2.591	2.787	2.728	1.987	760	855
65 Jahre	0	0	0	1.637	3.407	3.552

© Statistik der Bundesagentur für Arbeit Bundesagentur für Arbeit

elektronische Vorab-Fassung

elektronische Vorab-Fassung